

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Municipalsocialismus in West Ham.

London, 21. Oktober.

Die „Times“ veröffentlichen eine Serie von seitenlangen Artikeln gegen die moderne municipale Thätigkeit. Dank dem journalistischen Rufe des leitenden britischen Organs erregten die an sich geistig armen und nachlässig geschriebenen Artikel viel Aufsehen. Die arbeiters- feindliche Presse des Auslandes druckte die Auslagen ab und ver- schleierte die vielen wirkungsvollen Antworten, die von den Ver- tretern der kritisierten Gemeinden den „Times“ zugehingen. Besonders bitter war der Angriff gegen die socialistische Gemeindeverwaltung in West Ham, einer Stadt von 287 000 Einwohnern im Osten Londons. Der Angriff scheint Herrn Schweinburg so gut gefallen zu haben, daß er ihn in seinen „Politischen Nachrichten“ vom 18. Oktober zu einem Artikel verarbeitet, ohne jedoch die Quelle zu nennen, der er das Material entnommen hatte. Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um Schweinburgs plötzlichen Anfall von Discretion zu erklären. Die Quelle war erstens viel zu trübe, um sie zu nennen und dadurch die Kontrolle möglich zu machen; zweitens wußte Schweinburg, daß er die deutsche Presse über Dinge belehren will, von denen er selbst nicht die geringste Ahnung hat; drittens verschwie er die socialistische Erwiderung, die ebenfalls in den „Times“ veröffentlicht wurde; viertens fügte er den Lügen der „Times“ seine eignen Lügen hinzu. Da war Discretion wohl geboten.

Und das wollen wir haarklein beweisen.

Schweinburg schreibt:

„Bekannt sind die Mißerfolge und die ungeheuerlichen Schäd- lungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die in der Ge- meindeverwaltung von Marseille und im australischen Staat Victoria infolge der socialdemokratischen Herrschaft zu Tage getreten sind. Es wird viele Jahre hindurch mühselloser Arbeit und schwerer Opfer seitens des nichtsocialdemokratischen Teils der Bevölkerung bedürfen, um wieder gut zu machen, was die socialistische Miß- wirtschaft verhalet hat. Diese Beispiele reißt sich würdig an die Geschichte der städtischen Verwaltung des 250 000 Ein- wohner zählenden Londoner Vorortes West Ham, die bis vor nicht langer Zeit in den Händen einer socialdemokratischen Mehrheit war. Ehe die dortigen Socialisten, die zum erstenmal 1890 nach dem Ausfall der Dodarbeiter in das Ratskollegium eingezogen waren, diese Mehrheit er- reichten, versprachen sie ihren Wählern goldene Berge, ohne zumeist, als sie ihren Zweck erreicht hatten, sich ihrer Versprechungen zu erinnern. Vielmehr benutzten sie ihre Stellung und ihren Einfluß, um Mitglieder der Vertreter der Bürger- schaft durch Inwiebung einträglicher Stellen zu gewinnen und so ihre eigne Position zu bereichern. Andererseits übertrugen sie den in der Partei geübten Terrorismus auf ihre amtliche Thätigkeit, indem sie jeden ihrer Freunde oder Schütz- linge, der eine Anstellung im städtischen Dienst oder eine reiche Pfründe erhalten sollte, in einer Veranung der Parteigenossen, die der jedesmaligen über derartige Angelegenheiten beschließenden Sitzung der städtischen Behörden vorausging, auf das socialistische Programm verpflichteten und bei Verhätigung gegenwärtiger Gesinnungen seine sofortige Ent- lassung bewirkten. Doch genügte den „Genossen“ dieser passive Gehorsam ihrer Anhänger nicht. Für jede öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien wurde eine Anzahl der städtischen Arbeiter der untersten Klasse, die ebenfalls ihre Ver- schätzung der Parteigenossen verdankten und sich einer acht- stündigen, oft auch nur sechsstündigen Arbeitszeit „erfreuten“, ausdrücklich bestimmt, um durch „spontanen“ Beifall ihrer Exzellenz- lichkeit Ausdruck zu geben und so die Sache ihrer „Wohltäter“ zu unterstützen. Die erschreckenden Folgen dieser Antisführung zeigten sich aber auf finanziellem Gebiet. Als der Wahlsieg der bürgerlichen Kandidaten der socialistischen Wirtshaft ein Ende machte, war die Anleihe Schuld der Stadt um rund 38 Millionen Mark gestiegen. Gewiß ein untrüglicher Beweis für den thattätlichen Zwiespalt zwischen socialdemokratischer Theorie und Praxis.“

Wir führten diese Auslassung wörtlich an, um Herrn Schwein- burg keine Gelegenheit zu geben, über Entstellung oder Unterschlagung zu klagen.

Marseille und Victoria werden wir weiter unten kurz freisen. Unse Aufmerksamkeit soll sich hauptsächlich auf die Kritik gegen West Ham konzentrieren, da sie sich zu einer internationalen Legende auswächst.

West Ham hatte nie eine socialdemokratische Mehrheit, auch nicht in der Periode 1898—1900. Die Socialdemokratie ist nicht im Jahre 1890 ins Ratskollegium eingezogen. Der das Gegenteil behauptet, ist entweder mit dem Gemeindegeld in West Ham ganz unbekannt, oder er sagt die Unwahrheit. In Wahrheit liegt die Sache so: der erste Socialdemokrat wurde dort fünf Jahre nach dem Dodarbeiterstreik gewählt, d. i. im Jahre 1895. Seine energische, pflichttreue Thätigkeit fand den Beifall der Bürger, so daß im Jahre 1896 zwei andre Genossen ins Rats- kollegium einzogen. Im Jahre 1897 wurden noch zwei Mandate gewonnen. Erst in jenem Jahre wurde der Socialismus in West Ham zu einer Macht. In den Jahren 1898—1900, auf dem Höhepunkte der municipalen Reformthätigkeit, setzte sich die Gemeinde mehrheitlich aus folgenden Mitgliedern zu- sammen: 15 Socialisten (Mitgliedern der Socialdemokratischen Föderation und der Unabhängigen Arbeiterpartei) und 14 Fort- schrittler, Liberalen und irischen Nationalisten. Das nennen die „Times“ und Schweinburg eine socialdemokratische Mehrheit. Diese verschiedenartigen Elemente schlossen sich zu einer Partei zusammen, um die Hygiene des sehr ungesund gelegenen West Ham zu verbessern und das geistige Niveau der armen und verlassenen Arbeiterbevölkerung der Gemeinde einigermaßen zu heben. West Ham ist das Sammelbad der socialen Abfälle der Metropole. Der Zusammenschluß der Reformgruppe erfolgte auf

Grund eines schriftlichen Uebereinkommens, zusammen zu handeln. Jedoch war das Uebereinkommen durchaus nicht autoritär. Es stand jedem Mitgliede frei, entgegengeetzte Meinungen über die Vorschläge der Gruppe zu vertreten, nur wurde ihm die Pflicht auferlegt, über seine ablehnende Haltung die Gruppe zu in- formieren, damit sie weiß, wie weit sie mit ihren Vorschlägen und Anträgen im Ratskollegium gehen kann. Von einer Antzwingung des socialistischen Programms kann absolut nicht die Rede sein. Das hat der „Times“-Mitarbeiter gar nicht behauptet.

Schweinburg hat einfach gelogen, offenbar im Vertrauen auf die Unwissenheit seiner Abnehmer. Dieses Uebereinkommen giebt der erhitzen Phantasio Schweinburgs den Anlaß, über „den in der Partei gelübten Terrorismus“ zu schreiben. Damit beweist er aber nur, daß er vom politischen Leben Englands keine Ahnung hat. Denn was diese „Terroristen“ thaten, geschähe jeden Tag im House of Commons, im freiesten Parlamente der Welt. An Stelle des Uebereinkommens haben die großen eng- lischen Parteien sogenannte Whips (Einheitscher), die für einheitliche Abstimmungen sorgen und die Führer über etwaige Disposition innerhalb der Partei unterrichten, damit sie wissen, wie weit sie mit gewissen Amendements, Anträgen etc. gehen dürfen. Und nur das bezweckt das Uebereinkommen.

Was nun die PreSSION durch die Anwesenheit der Arbeiter bei den Gemeindegeldungen betrifft, so reduciert sich diese Ankage auf folgende Thatfache. Die meisten socialistischen Gemeindeg- ledmitglieder sind gleichfalls als Arbeiter oder Gewerkschaftsbeamte be- schäftigt. Sie konnten deshalb bei Tage den Sitzungen nicht bei- wohnen. Es wurde deshalb beschlossen, die Sitzungen auf 6 Uhr abends zu verlegen. Viele Arbeiter, die früher ihre freie Zeit in den Schnapslokalen verbracht hatten, wurden durch die socialistische Erziehung geistig regiam; sie gründeten politische Klubs, Lesezirkel und begannen sich als Kulturmenschen zu fühlen. Für solche Arbeiter hatten selbstredend die Gemeindeg- ledgenossenschaften ein besonderes Interesse. Sie nahmen deshalb die Gelegenheit, die ihnen die municipalen Abendstimmungen boten, wahr und wohnten oft den Debatten bei. Jrgend eine Störung der Sitzungen ist bei den englischen Veranlassungsregeln ausgeschlossen. Ausnahmen können nur in sehr aufgeregten Zeiten vorkommen. Und solche hatte West Ham in den letzten acht Jahren nicht. Der ganze Kerger der „Times“ entspringt thattächlich nur dem Umstande, daß arme Arbeiter es wagten, in die Gemeindegeldungen einzutreten und sich dort heimlich zu fühlen.

Als Beweis der socialistischen Mißwirtschaft führt Schweinburg an, daß die Anleihe Schuld der Stadt um rund 38 Millionen Mark gestiegen“ sei. Das ist eine große Unwahrheit. Denn die Ge- samt Schuld der Stadt West Ham betrug am 31. März 1902 genau 1 426 340 Pfund Sterling oder 28 526 800 Mark. Schweinburg schrieb in seinem Eifer dem „Times“-Mitarbeiter nach, der sich um nicht weniger als 700 000 Pfd. Sterl. oder 14 Millionen Mark ver- rechnete!

Und zu welchem Zweck gab die Reformgruppe die Stadtgelder aus? Kanalisation und Hygiene 218 788 Pfd. Sterl., Straßen 400 643, Jreananstalt und Krankenpfleger 434 953 Pfd. Sterl. Dann baute sie 308 Häuser für Arbeiter und erwarb Grund und Boden für über 600 Häuser. Sie dehnte die elektrischen Werke aus, die einen Profit von 6000 bis 7000 Pfd. Sterl. jährlich ein- bringen. In West Ham sind die neuen Häuser der Arbeiter elektrisch beleuchtet. Die Reformgruppe baute ein neues Bad. Sie gab den Arbeitern den Wochentag, einen freien Tag am 1. Mai zur Ab- haltung der Arbeiterfeier; Pensionen und Krankengeld für die Gemeindeg- ledarbeiter. Sie organisierte ein großartiges technisches Institut (Realschule) und zahlte Stipendien für arme und fleißige Arbeiterkinder. Sie machte einen Anfang mit der Municipalisierung der Straßenbahnen. Sie baute eine Reihe von Häusern, die um je 26 Pfund Sterling weniger kosteten als die Preise, die die Privatunternehmer ver- langten. Sie reducierte die Gehälter der hohen Stadtdienern. Sie erhöhte die Gehälter der Straßenkehrer, Mansträger etc., sie war aber auch werblich gegen Faulheit und Trunksucht, wie dies Mr. Bishop, der Vertreter des reformfeindlichen Steuerzahlervereins, öffentlich erklärte.

Die Reformgruppe hat nicht nur ihre Versprechen vollständig eingelöst, sondern auch von den erheiteten Fähigkeiten des Proletariats ein glänzendes Zeugnis abgelöst.

Sämtliche Anklagen gegen West Ham erwiesen sich somit als ganz hinfällig. Ebenso sind die Angriffe auf Victoria und Marseille. Victoria hat keine socialdemokratische Mehrheit; wir wollen es sogar zu unfrem Bedauern gestehen, daß die socialdemokratische Bewegung dort noch ganz schwach ist. Die Klagen gegen Marseille be- zieleen sich vor allem auf den Niedgang des Hafenverkehrs. Wer sich mit dem internationalen Wirtschaftsleben beschäftigt, weiß auch, daß dieser Zustand einzig und allein der schlechten Beschaffenheit des Hafens zuzuschreiben ist. Nach der Niedertage der Socialisten in Marseille gab dies der Pariser Korrespondent der „Times“ in einem längeren Artikel offen zu. Und M. de Slowitz darf sicherlich nicht als Freund des Socialismus betrachtet werden. Für Herrn Schweinburg sind übrigens die „Times“ eine autoritative Quelle.

Wichtiger als die Zurückweisung von Schweinburgs Angriffen dürfte die Frage sein: Was geht jetzt im municipalen Leben vor? Woher der Kampf in den Gemeindeverwaltungen?

Darauf läßt sich folgende Antwort geben. Die Grundthatfache des municipalen Lebens in Großbritannien ist die stete Zunahme der Lokalsteuern (rates), als Folge des enormen Anwachsendes der Städte. Im Jahre 1868 beliefen sich die Lokal- steuern auf 16 800 000 Pfd. Sterl., im Jahre 1891 auf 27 818 000, im Jahre 1902 auf 37 605 000 Pfd. Sterl. In manchen Städten betragen sie die Hälfte des steuerbaren Nettovertes, so daß

die Fabriken nach billigeren Lokalitäten abwandern. Das Haupt- problem der Gemeinden besteht deshalb darin, wie dem Anwaschen der Steuern vorzubeugen resp. wie die Steuerhöhe herabzusetzen sei. Die einzige Antwort ist: Verstadtlung der lokalen Monopole, wie Beleuchtung, Wasser, Verkehrsmittel, Aus- schaltung des Unternehmers usw. Die Profite von diesen Monopolbetrieben sollen zur Erleichterung der Steuerlast ver- wendet werden. Das ist die wirkliche Triebfeder der Municipalis- tierung. Bis jetzt sind etwa 90 Millionen Pfund Sterling in muni- cipalen Betrieben angelegt. Von den Profiten wurden 8 618 668 Pfund Sterling zur Herabsetzung der Gemeindegeldern verwendet.

Nun senden auch die Arbeiter ihre Vertreter in die Stadt- kollegien und verlangen, daß ein Teil der Profite zum Wohle des Proletariats verwendet werde. So entsteht in den Municipalitäten ein Klassenkampf. Die besitzende Klasse mit geringer Ausnahme will Municipalcapitalismus; die Arbeiter verlangen Municipalsocialismus. Der Kampf kann nur durch den Stimmsittel entschieden werden. Am nun die Wähler abzuschrecken, setzt die Bourgeoisie alle Hebel in Bewegung, die Arbeiter von den Gemeindeverwaltungen fern- zuhalten. Das ist der Grund der Verleumdungskampagne gegen unsre tüchtigen Genossen in West Ham. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Der Reichstag

führte am Donnerstag die Debatte über den Gersten- und Haferzoll zu Ende, nicht ohne zuvor einen sehr bemerkens- werten Geschäftsordnungs-Vorgang zu erleben.

Auf der Tribüne folgten sich fast nur Angehörige der Zollpartei. Während der nationalliberale Abg. Frank en an der Dreieinigkeit von Junkern, Kohlengrubenbesitzern und Eisenbaronen festhalten zu wollen erklärte und die Sache der Regierungsvorlage für ausreichend fand, trat der Bündler Lude für den Antrag Heim ein, der den Gersten- und Hafer- zoll auf 6 M. erhöhen will. Dabei stieß er Drohungen gegen das Centrum aus, wenn es den Diktat des Bundes sich nicht fügen wolle. Die Hauptsache war ihm eine Polemik gegen unsre Partei, wenn man sich zusammenhangloses Ge- rede über den Zukunftsstaat überhaupt Polemik nennen kann. Ähnlich wie er sprach der niederbayerische Centrums-Abgeordnete Schinger sich für einen hohen Gerstenzoll aus. Der Ab- geordnete Heim wartete mit der Enthüllung auf, daß Preußen ursprünglich 4 M. Gerstenzoll bewilligen wollte. Als Attentäter gegen die Landwirtschaft denunzierte er den bairischen Finanzminister von Nidel, der durch seinen energischen Widerspruch den Gerstenzoll auf 3 M. herabgesetzt hat. Der bairische Bundesrats- bevollmächtigte v. Geiger, der die Nichtigkeit der heimischen Ausführungen in halben Worten bestritt, wurde vom Centrum sehr respektlos ausgelacht. Dagegen gab Herr Heim dem Bunde der Landwirte gute Worte, ja, er spielte mit dem Ge- danken eines Kartells. In seiner persönlichen Polemik gegen den freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen führte der bairische Centrums-Abgeordnete die Aenderung ein, die Tonhöhe des Dr. Müller nachzuahmen. Das eröffnet eine angenehme Perspektive und beweist, daß der Aufenthalt in Berlin und der fleißige Besuch des Wintergartens mit seinen Gefangenen doch seine bildende Wirkung ausübt.

Von der Linken kamen von dem fraktionslosen Schwarz- München abgesehen, der eine Erhöhung des Gerstenzolls im Interesse der Konsumenten bekaufte, nur unser Genosse Stolle zum Wort. Er forderte die endliche Befamgabe der Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses und wandte sich energisch gegen die beliebte Verdunkelungspolitik. Seine Rede war dem Nachweis gewidmet, daß die Erhöhung des Gerstenzolls besonders verderblich für die kleinen Landwirte und Viehzüchter sein müsse.

Nach der Rede des Abg. Schwarz hielten die Mehrheits- partien es für angemessen, durch einen Schlusshantrag die weitere Debatte abzuschneiden. Zum Worte ge- meldet waren noch die Abgg. Vargmann, der im Interesse der oldenburgischen Viehzüchter gegen eine Erhöhung des Gerstenzolls sprechen wollte, Dr. Müller-Meinungen, der Konservative Schrempf und unser Genosse Wolken- buhr. Herr Kettich, der berühmte Vorsitzende der Zolltarif-Kommission, war berufen, den Schlusshantrag einzubringen, und der gerade antretende Vicepräsident, Graf Stolberg-Wernigerode, wollte den Schlus- antrag sofort zur Abstimmung bringen, ohne erst die Unterstümungsfrage zu stellen. Erst der Protest unrer Genossen verhinderte das geschäftsordnungswidrige Vorgehen. Die Unterstümung für den Schlusshantrag reichte natürlich aus, da sich die Rechte, das Centrum und die Nationalliberalen dafür erhoben. Nun aber fuhr Singer sofort mit einem Antrag auf namentliche Abstimmung den Herren in die Parade. Bei der ersten Gelegenheit mußte den Zöllnern klar gemacht werden, daß wir uns keine Vergewaltigung gefallen lassen werden und daß wir die Stützung der Geschäftsordnung als unsre vornehmste Aufgabe betrachten. Herr Kettich suchte den Streich dadurch zu parieren, daß er seinen Schlus- antrag zurückzog, aber das Ungeglück, von dem er bei der Leitung der Kommissionsverhandlungen bereits so außer- ordentliche Proben abgelegt hatte, verfolgte ihn auch hier. Er kam zu spät mit seiner Absicht; der Vice-

Präsident hatte bereits die entscheidenden Worte gesprochen: Wir schreiben nunmehr zur Abstimmung; und so mußte dem energischen Widerspruch Singers stattgegeben werden. Die sozialdemokratische Fraktion läßt nicht zu, daß die Geschäftsordnung irgendwie verletzt wird, selbst wenn solche Verletzung einen brutalen Schlußantrag der Pöllner berechtigt hätte. Die Pöllnerparteien aber blieben auf ihrem Vergewaltigungsstreife festgenagelt.

Wenn die Pöllnerparteien ihre parlamentarische Situation dadurch zu verbessern glauben, daß sie ihre eigenen Redner reden lassen, aber den Zollgegnern das Wort abschneiden, so dürften sie durchaus in der Fere gehen. Die namentliche Abstimmung über den Schlußantrag, die natürlich die Annahme des Debatteschlusses ergab, kostete der ungeduldigen Mehrheit immerhin 40 Minuten. Vielleicht genügt diese erste Warnungstafel, die hier von uns aufgerichtet worden ist.

Sodann gab es drei namentliche und zwei einfache Abstimmungen, durch welche die Annahme der Minimal- und Maximalzölle für Getreide und Hafer, in der Höhe der Kommissionsbeschlüsse beschlossen wurde. Es wurde dabei festgestellt, daß seit der Abstimmung über die eigentlichen Normzölle bereits einige 20 Abgeordnete Vermittlung der Münden gewandt haben.

Am Freitag kommen die Viehzölle an die Reihe.

Carnegies Vorkauf an Wilhelm II.

Der Schotte Carnegie ist in Amerika durch die Ausbeutung der nach ihm benannten Werke zum vielsachen Millionär, vielleicht zum Milliardär geworden. Die Carnegie-Werke haben in der Arbeiterbewegung dadurch einen unvergänglichen Ruf gewonnen, daß auf ihnen Streiks durch das Bunterton-System bekämpft wurden: Man mietete eine Rote von privaten Geheimpolizisten, die dann auf die streikenden Arbeiter schossen.

Junge Schinder, alte Wohlthäter! Carnegie verkaufte seine Blutbesten Werke an den Stahltrust und begann nun ein Dasein der Wohlthäterei, die, wie man zusehen muß, echt amerikanische gewaltige Dimensionen annahm. Er etablierte sich als Arbeiterfreund — jene Schieferereien wurden auf das Konto des Werkleiters Fried gebucht — und gab für Universitäten und wissenschaftliche Zwecke riesige Summen her.

Auch seiner schottischen Heimat gedachte er, indem er die Saint-Andrews-Universität stiftete. Dafür erhielt er den Ehrentitel „seiner“ Universität und an diesem Mittwoch hielt er bei der Feierlichkeit eine wunderbare Rede.

Er richtete sich an den deutschen Kaiser, er möge seinen Einfluß dahin verwenden, daß die „Vereinigten Staaten von Europa“ in Form einer politischen und industriellen Union geschaffen würden; so allein könne Europa die fremden Märkte erobern und das Eindringen Amerikas zurückweisen. Der Kaiser könnte eines Tages eine große Rolle spielen als der Erlöser Europas von dem Alp, der es bedrückt, nämlich der bedrückenden und lähmenden Furcht vor dem Kriege. Er, Redner, sei außer Stande, zu helfen, aber er glaube, eine so überlegene große Persönlichkeit wie Kaiser Wilhelm könne die wenigen Männer, welche heute Europa beherrschen, dahin beeinflussen, daß sie einen neuen Schritt zur Sicherung des Friedens unternehmen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagt Carnegie, daß Englands Eisenvorrat in 20 bis 25 Jahren so gut wie erschöpft sein, aber auch der der Vereinigten Staaten nur auf 60 bis 70 Jahre ausreichen werde. Amerika habe England von der Stelle der ersten Nation an Reichthum, Gewerbebetrieb und Handel verdrängt, aber man dürfe sich freuen, daß die Führerschaft in der Familie bleibe; es sei Englands ältester Sohn und rechtmäßiger Erbe, der jetzt die Krone trage. Deutschland habe sich auch vorwärts gearbeitet und verspreche, England um den zweiten Platz hart zu bedrängen. Carnegie sprach die Ansicht aus, daß Unternehmern und Angestellten in England noch immer das Leben zu leicht nehmen, forderte die Engländer auf, weniger zu trinken und zu rauchen und manche ihrer rohen Spiele aufzugeben, von denen Europa und Amerika vergleichsweise frei seien. Er glaube, daß schmerzliche und heilsame Lehren nötig seien, ehe die Engländer ihre schließliche Erhebung zu Glück und zur Freiheit von erniedrigenden Neigungen erreichen.

So weit Carnegie, als Erzieher Europas und Mentor Wilhelms II. Der Mann hat mit dieser Vorkauf das Friedensmanifest des Jaren weit übertrifft. Nicht nur die Waffen sollen niedergelegt werden, sondern auch das wirtschaftliche Vorkauf soll enden.

Carnegie hat den Augenblick seiner Vorkauf äußerst glücklich gewählt. Gerade wo der deutsche Zolltarif den Krieg aller gegen alle proklamiert, fliegt die schottisch-amerikanische Friedensstaube auf. Nun weiß Graf Bülow, was er zu thun hat: er zieht schleunigst den zollkriegerischen Entwurf zurück und ruft die Völker Europas zu einem militärischen und wirtschaftlichen Friedensbündnis nach Potsdam. Carnegie wird gern bereit sein, die Reichsboten auf sich zu nehmen. Und Wilhelm II. wird ein Werk zustande bringen, das in mancher Hinsicht den Idealen entspricht, für die das revolutionäre Proletariat seit seinem Erwachen kämpft; der empfohlene Zollkrieg der „Vereinigten Staaten von Europa“ gegen Amerika gehört übrigens nicht zu diesen Idealen. Ob der deutsche Kaiser dann auch gleich die Krone Europas übernehmen soll, darüber hat Carnegie sich anscheinend noch nicht den Kopf zergrübelt.

Daß Carnegie, der sich zu Wilhelm II. verhalten will, wie der Warschauer Staatsrat Bloch zu Nikolaus II., seine Rede gehalten hat, ist sein gutes Recht und für seine Familie gewiß interessant — merkwürdig ist nur der feierliche Gruß, mit dem das Botschaftsbureau sich besetzt, den Speech den Vereinigten Staaten Europas, Depolement Deutschland, telegraphisch zu übermitteln. Auch die „Nordd. Allg. Zeitung“ berichtet auf ihrer ersten Seite über die Rede.

Diese wichtige Behandlung der Sache läßt darauf schließen, daß man eine Antwort auf die Vorkauf Carnegies voranschickt, und deren Vorkauf darf man allerdings mit einiger Spannung erwarten. —

Deutsches Reich.

Vom Zollkampf.

Graf Bülow hat am Donnerstag Vortrag beim Monarchen gehalten und man nimmt an, daß das Thema des Vortrages die Zollsituation war. Vielleicht wird Graf Bülow nun alsbald wissen, was er und die Regierungen weiterhin in der Zollfrage zu thun haben.

In der Pöllnerpresse walten die Verständigungsneigungen vor. Freiherr v. Redlich müht sich eifrig um die Zolleinigung; nachdem er gestern seine Weisheit in alter Journalistentreue der „Post“ überlassen, besetzt er heute den „Sächsischen Tag“ mit einem Artikel desselben Inhalts. Freiherr v. Redlich empfiehlt der Regierung „vertrauliche Besprechungen mit den leitenden Männern der Mehrheitsparteien“; bei festem Willen und geschickter Hand werde „der große Ruf“ schon gelingen und dann werde man auch einer etwaigen Obstruktion Herr werden. Unzweifelhaft wäre der erfolgreiche Leiter der konservativen Komobstruktion der sachmännische Ratgeber in diesen Dingen.

Wichtiger ist, daß das partei-offizielle Organ der Konservativen, die „Konservative Korrespondenz“, unzweideutig erklärt: Die Verhandlungen werden also fortgeführt werden in der Hoffnung, daß es doch noch gelingen wird, eine ersprießliche Verständigung herbeizuführen.

Auch die Münchener „Allgemeine Zeitung“ rechnet zuversichtlich mit Verständigung zwischen Pöllnern und der Regierung, wobei sie die Verständigung allerdings im Rückzuge der Parteien auf die Regierungsvorlage erblickt. Das Blatt, dessen Versicherungen beachtlich sind, weil es in enger Fühlung mit den Berliner Regierungskreisen steht, erklärt: Die bisherigen Abstimmungen bedeuten eine Entscheidung, aber nicht die Entscheidung, sie sind eine „vorübergehende Erscheinung“, man solle gelassen die zweite Lesung zu Ende führen und vertrauensvoll in die dritte eintreten!

Einige Blätter besaßen sich sogar bereits mit der Frage, wie die Pöllnerparteien Herr werden können über die Zolltarifgegnern. Der biedere „Reichsbote“ hat ein unheilbares Rezept gefunden. Sobald die Einigung zu Stande gekommen sei, solle man „einzelne Abschnitte der Vorlage durch en bloc-Akklamation und die dritte Lesung vielleicht überhaupt durch eine solche erledigen“. Vielleicht erweitert der „Reichsbote“ seinen liebevollen Vorschlag dahin, daß zugleich das ganze Auswanderungs- und Entschuldigungsprogramm der Reaktion als Zusatzantrag zum Zolltarif en bloc angenommen werde. In die Geschäftsordnung des Reichstages Einsicht zu nehmen, haben die frommen Christen des „Reichsboten“ offenbar noch nicht für nötig gehalten.

Unter den Zollblättern hält fast allein die „Deutsche Tageszeitung“ das Zustandekommen der Vorlage für ausgeschlossen. Die Schuld daran müßte das Bündlerblatt denjenigen zu, welche die Vorlage zu spät fertiggestellt haben und dem Reichstage nicht genügend Zeit zur Durchberatung einer solchen Vorlage liehen“. Die „Deutsche Tageszeitung“ begründet diese Auffassung nicht unzutreffend, indem sie ausführt:

„Die Mehrheitsparteien hätten ja die Möglichkeit gehabt, da das Haus in letzter Zeit fast immer beschlußfähig war, den Schluß der Debatte herbeizuführen; wenn sie es nicht thaten (am Donnerstag haben sie es allerdings bereits getan! Vorw.), so geschah es aus der berechtigten Ueberzeugung heraus, daß damit nichts gewonnen sein würde. Was durch die Ablehnung der Erörterung an Zeit erspart worden wäre, das hätte durch lange Geschäftsordnungs-Debatten, durch namentliche Abstimmungen über den Schluß und durch weitere Beantragung anderer namentlicher Abstimmungen gut und gern eingeholt werden können. Ein andres Mittel, die Beratung zu beschleunigen, giebt es aber nicht. Man kann ja mehrere Positionen des Tarifs, die thatsächlich zusammengehören, gemeinsam beraten. Das ist bereits geschehen und wird voraussichtlich weiter geschehen. Aber auch das genügt nicht; denn es wird schlechterdings unmöglich sein, ganz heterogene Dinge zusammenzufassen. Ein derartiger Versuch dürfte auch kaum gemacht werden. Nun wollen wir einmal annehmen, daß es möglich sei, die 947 Positionen des Tarifs in etwa 100 oder auch etwa 80 Gruppen zusammenzufassen. Geholfen wird dadurch wenig. Selbst wenn man annehmen wollte, daß jede dieser Gruppen nur einen Beratungstag erforderte, würde die bis Weihnachten zur Verfügung stehende Zeit nicht im mindesten ausreichen, ganz abgesehen davon, daß auch das Zolltarifgesetz noch ziemlich langwierige Beratungen erfordert. Wir kommen also auch auf Grund dieser Erwägungen zu dem Ergebnisse, daß das Scheitern des Tarifs, das uns nach wie vor so gut wie sicher erscheint, in erster Linie und hauptsächlich durch den Mangel an Zeit verursacht werden wird.“

Einen ganz originellen Grund für mögliche Verkürzung der Zollberatung haben Schweinburgs „Berl. Pol. Nachrichten“. Sie bitten um Rücksichtnahme auf die Arbeitskraft der Minister und Geheimräte, die unmöglich auf die Dauer diesen ausgedehnten Verhandlungen neben der Besorgung ihrer sonstigen Amtsgeschäfte gewachsen sein können; besonders wird die schwere Belastung des Grafen Pofadowsky betont. Gewiß, wir haben alles Bedauern für die Herren am Regierungstisch. Leider haben sie selbst ihre peinliche Lage verursacht. Indem sie durch ihren ebenso ungefügen wie wunderlichen Zolltarif den Zollgegnern eine ungeheure Arbeit auferlegten, haben sie sich selbst belastet. Sie haben es leicht, sich von der schweren Last zu erlösen. Sie mögen das deutsche Volk vom Alp des Wuchertarifs befreien und wir gönnen dem Grafen Pofadowsky und allen seinen Gehilfen großes Ausruhen und erquickliche Ferien bis nach Weihnachten.

Der Kaiser des Zollwuchers. Das verräterische Verhalten Eugen Richters gegenüber der Zollopposition hat, wie verschiedene Anzeichen beweisen, auch in seinen Parteikreisen Erlautern und Unwillen hervorgerufen. Heute muß darum die „Freisinnige Zeitung“ wieder zur Entschuldigung ein langes und breites Schwagen, ohne etwas andres als sumlose Wiederholungen zu bringen.

Das einzige Verweissstück für die tolle Behauptung, daß die progressive Abstimmungsmethode Zoll steigend wirke, bildet noch immer der Kommissionsbeschluss über den Duerbachzoll. Ein sehr unglückliches Beispiel; denn gerade jener Vorgang beweist, daß es, sofern die Zollopposition nur will, leicht ist, bei der Abstimmung von unten heraus niedrigere Zollsätze zu ermöglichen. Wie waren die Vorgänge beim Duerbachzoll? Hätte man über den 7 Mark-Zoll zuerst abgestimmt, so wäre er zweifellos sofort angenommen worden, ohne daß erst der Regierungssatz (1 Mark) zur Abstimmung gelangt wäre. Man begann aber mit der Zollfreiheit, die abgelehnt wurde. Es folgte der Satz von 1 Mark, und der fiel nur deshalb, weil die Sozialdemokraten mit Absicht dagegen gestimmt haben; sonst wäre bei diesem Modus der Abstimmung statt des 7 Mark-Satzes der 1 Mark-Zoll angenommen worden. Das Beispiel zeigt also gerade gegen Eugen Richter. Warum die Sozialdemokraten den Regierungssatz — entgegen den auch in diesem Fall zollheffenden Freisinnigen — zu Fall brachten, war ganz klar und ist auch von uns wiederholt dargelegt worden. Wir bestanden auf der bisherigen Zollfreiheit. Der Regierungssatz von 1 Mark war das größere Uebel als der unfinnige, unmögliche 7 Mark-Zoll. Darum bewirkten wir durch unsere Ablehnung des niedrigeren, infolge seiner Möglichkeit gefährlicheren Zollsatzes, daß ein unannehmbarer und deshalb ungeführlicher Zoll in den Tarif kam. Wir würden auch einen Getreidezoll von 20 Mark für weniger gefährlich halten als einen von 5 1/2 Mark.

Hebrigen ist die ganze Rederei der „Freisinnigen Zeitung“ schon deshalb hinfällig, weil es sich bei dem Vorschlag der Präsidenten gar nicht um den Abstimmungsmodus vom niedrigsten Zollsatz aufwärts gehandelt hat. Graf Ballestrem hatte nur totalen- und logischerweise beabsichtigt, daß die Prinzipien-Erklärung der Zollfreiheit bei der Abstimmung zu ihrem Recht käme; dann sollte von oben nach unten abgestimmt werden. Eugen Richter hat durch seinen Widerspruch, mit dem er die Führerschaft der Wucherparteien übernahm, selbst diese beschiedene und selbstverständliche Forderung verhindert. Dies Verhalten war schlechterdings durch keinerlei Abstimmungslogik geboten, sondern nur durch die Absicht erklärlich, die Zollopposition nach Kräften zu lähmen. Herr Richter hat sich, wie läzlich schon bei der Zuckersteuer, abermals zum Retter indirekter Steuern und der Regierung aufgeworfen! —

Gegen die Fleischnot. Die Düsseldorfer Stadtverordneten nahmen auf Grund eines Antrags des dortigen sozialdemokratischen Volksvereins Entschlüsse zur

Fleischnot und erhoben den Vorschlag der Stadtverwaltung zum Beschluß, beim Reichsanwalt wegen Deffnung der Grenzsperrre zur Einfuhr ausländischen Fleis, insbesondere der Schweine, vorstellig zu werden. Der Fleischverbrauch ist im vorletzten Jahre trotz des kolossalen Ausstellungsbesuchs in Düsseldorf ganz erheblich zurückgegangen. Dagegen hat der Fleischkonsumum daselbst enorm zugenommen. Wie die Stadtverwaltung in einer Statistik nachgewiesen hat, ist der Schweinefleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung trotz des Ausstellungsverkehrs von 21,16 Kilogramm auf 17,02 Kilogramm zurückgegangen. 30 selbständige Metzgermeister haben in den letzten Monaten in Düsseldorf Bankrott gemacht. —

Ein Abgeordneter der freisinnigen Pöllnerpartei — Socialdemokrat! Der Reichstags-Abgeordnete für den Wahlkreis Schleswig-Eckernförde, Jacobson, hat sein Mandat niedergelegt mit der Begründung, daß er zur sozialdemokratischen Partei übergetreten sei. Herr Jacobson war 1898 als liberaler Kandidat aufgestellt und gewählt worden. Er gehörte als Hospitant zur freisinnigen Pöllnerpartei. Später trat er wegen Differenzen mit der Leitung der freisinnigen Pöllnerpartei aus der Reichstags-Fraktion dieser Partei aus. Die freisinnige Pöllnerpartei beantragte die Ungültigkeit des Mandats Jacobsons, weil dieser in geschäftlichen Kontak geraten war. Die Geschäftsordnungs-Kommission lehnte jedoch den freisinnigen Antrag ab. Jacobson blieb fortan fraktionslos.

Bei der Wahl von 1898 wurden im Wahlkreise Schleswig-Eckernförde 6875 freisinnige, 5805 freisinnige und 4116 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte Jacobson durch sozialdemokratische Hilfe mit 10 029 gegen 6820 Stimmen. —

Die Kommission für das Kinderschutz-Gesetz

beriet am Donnerstag die Anträge unserer Genossen zu § 1. Dieser beschränkt im Gesetzentwurf die Schutzbestimmungen auf die Beschäftigung von Kindern in Betrieben, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen sind, wobei auch den eignen Kindern im Gegenatz zu den fremden ein minderes Maß von Schutz zu teil werden soll. Die sozialdemokratischen Anträge forderten die Gleichstellung der eignen mit den fremden Kindern und die Ausdehnung des Schutzes auf alle erwerbsthätigen Kinder. Demgegenüber erhoben sich die Vertreter sämtlicher andrer Fraktionen, um zu betonen, daß sie zwar die Ausweitung der Kinderbeschäftigung auch in nichtgewerblichen Betrieben beklagen, aber sie erstens nicht für so groß halten, daß ein gesetzliches Eingreifen dagegen erforderlich wäre, zweitens der Umfang dieser Beschäftigung erst durch eine amtliche Erhebung festgestellt werden müßte, drittens sei die landwirtschaftliche Arbeit durchaus nicht gesundheitsgefährlich, viertens besitze sie erzieherischen Wert und fünftens habe das Reich gar kein Recht, sich auf dieses Gebiet zu begeben, da die Kompetenz des Reiches sich nur auf die Gewerbe-Ordnung erstreckt. Die von unsren Vertretern dargelegten gemachten schon jetzt bestehende Ausdehnung der Reichskompetenz auf die landwirtschaftlichen Arbeiter bei der Verankerung des Gesetzes wurde vom Ministerialdirektor v. Schider zwar als zutreffend zugegeben, aber auch herabgehoben, daß bezüglich der Kinderarbeit die verbündeten Regierungen auf keinen Fall eine weitere Ausdehnung des Gesetzes als auf gewerbliche Betriebe zulassen und bei entsprechenden Beschläüssen des Reichstages den Entwurf scheitern lassen würden. War es bei den Agrariern konservativ-liberal-nationalliberaler Richtung begrifflich, daß sie das Ausbütungsprivileg der Landwirte gegenüber den Kindern unumschränkt aufrecht erhalten wollen, so war es um so auffälliger, daß der freisinnige Abgeordnete und Berliner Kreis-Schulinspektor Jwid sich gegen den Antrag unsrer Genossen erklärte und ein Loblied auf die gesunde, erzieherisch wirkende Beschäftigung der Kinder in der Landwirtschaft anstimmte. Auch das Kind müsse eine gewisse Arbeit verrichten, denn diese wirke erzieherisch. Auf die Entgegnung unsrer Genossen, daß es doch dann sonderbar sei, warum Herr Jwid nicht für die Kinder seiner Klassen Genossen aus der bestehenden Bevölkerung solche erzieherische und gesunde Erwerbsarbeit beim Müdenziehen, Kartoffelgraben, Viehhäuten usw. verlange, wußte er nur zu erwidern, daß er die Wehrbräute der Kinderarbeit zwar verurteile, aber doch erst eine Enquete seitens der Regierung wünsche. Wurm, Reichshaus und Baudert wiesen eingehend nach, wie bereits genügendes Material zur Beurteilung der obwaltenden Verhältnisse vorliege, und die Ablehnung ihrer Anträge ihnen auch unmöglich mache, bei späteren Paragraphen des Gesetzes Schutzbestimmungen zu Gunsten der in der Landwirtschaft, Gärtnerei wie im Gefindebereich beschäftigten Kinder zu fordern, wie sie solche bereits beantragt haben. Herr Jwid hielt es mit den Agrariern und beugnete sich für die von den Centrumsabgeordneten beantragte Resolution zu stimmen, der nach Ablehnung ihrer eignen Anträge auch die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder zustimmten. Durch die Resolution wird der Reichsanwalt ersucht, zum Zweck der Erhebung über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Sittlichkeit, sowie die Wege zweckmäßiger Bekämpfung dieser Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenannten Erhebungen dem Reichstage mitzuteilen. — Nachdem noch seitens eines Regierungsbereiters erklärt worden war, daß die Gärtnereien nur zum Teil der Gewerbe-Ordnung unterstehen, wurde § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, nachdem der freisinnige Kreisinspektor Jwid sich sowie die andern Gegner sozialdemokratischer Anträge gegen die Gleichstellung der eignen mit den fremden Kindern erklärt hatte, da die Autorität der Eltern gewahrt werden müsse! Diese Verteidigung der Autorität rückhaltloser Ausbeutung durch einen Freisinnigen erregte bei den Konservativen außerordentliche Bewunderung — und zwar eine wohlverdiente! —

Waffen Brandenburg. Vor 50 Jahren hat Friedrich Wilhelm IV. die Hellen Brandenburg des Johanniter-Ordens wieder errichtet, eine hochadlige Vereinigung für Krankenpflege in mystisch-romantischem Gewande. Anlässlich des 50. Geburtstages hat der jetzt regierende Hohenzoller ein Schreiben an den Herrmeister des Johanniter-Ordens gerichtet, in dem er am Schluß die Hoffnung auspricht, daß die Hellen Brandenburg unter dem Zeichen des Kreuzes, das als Symbol des Erlösungswerkes unsres Herrn und Heilandes die Welt überwinden hat, auch in Zukunft reichen Segen schaffen und sich alle Zeit als eine feste Stütze für Thron und Altar erweisen werde im Kampfe nicht nur wider die Leiden und der Menschheit, sondern auch wider den Unglauben und die Feinde der göttlichen und menschlichen Ordnung. —

Das hoffte Friedrich Wilhelm IV. Das Unglück ist nur, daß von den 50 Millionen Deutschen es nur ein paar Leute giebt, die von der Existenz einer Hellen Brandenburg wissen. Die andern leben in dem Wahn, daß der Johanniter-Orden eine Erscheinung des Mittelalters gewesen und seitdem verschwunden sei. —

Christliche Gewerkschafts-Solidarität.

Das Organ des christlichen Vergarbeiter-Bandes lehnt es ab, Solidarität gegenüber den streikenden französischen Vergarbeitern zu üben. Ein „Herold“-Telegramm aus Offen besagt:

Der Gewerkschaftsverein christlicher Vergarbeiter hat nunmehr ebenfalls zu dem Ausstande der französischen Vergarbeiter Stellung genommen. Was eine Aufforderung, des alten Verbandes, keine Uebergriffe zu verfahren, erklärt das Organ des christlichen Vergarbeiter-Bandes, die deutschen Vergarbeiter würden zunächst froh sein, wenn sie keine Feindschaften mehr zu machen brauchten. Sollte sich durch den französischen Vergarbeiterstreik der Abzug deutscher Kohle heben, so dürfte verlangt werden, daß die

Deutschen Bergleute höhere Löhne erhalten und so an dem Aufschwünge partizipieren.

Wer noch darüber im Zweifel sein konnte, daß es den leitenden Personen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht ernst ist mit der Vertretung der allen Arbeitern des betreffenden Berufes gemeinsamen Interessen, der muß durch die Stellungnahme des von August Brust redigierten Organs — denn dieses kann nur gemeint sein — eines Besessen belehrt werden. Nicht einmal soweit kann sich der „Arbeiterführer“ Brust aufschwingen, daß er gleich der freien Gewerkschaft, dem Deutschen Bergarbeiter-Verbande, seine Mitglieder auffordert, seine Ueberführungen zu machen, um auf diese Weise den Kampf der französischen Kameraden ein klein wenig zu unterstützen. Und dabei handelt es sich um eine Unterstützung, die für diejenigen, welche sie leisten, nicht einmal ein Opfer darstellt. Denn der christliche „Arbeiterführer“ ist es sogar erwünscht, daß aus Anlaß des französischen Streiks ein stärkerer Abzug deutscher Kohle nach Frankreich eintritt, denn er verspricht sich dadurch Vorteile für die deutschen Bergarbeiter. Nun, die deutschen Bergarbeiter weisen einen Vorteil, den sie auf solche Weise erlangen könnten, mit Entschiedenheit von sich. Wir hoffen sogar, daß das schändliche Verhalten des christlichen Organs nicht einmal bei den Mitgliedern des christlichen Verbandes ungeteilten Beifall findet, denn dies Verhalten ist nicht um ein Jota besser wie direkter Streikbruch. Jeder Streikbrecher hofft, für sich Sondervorteile herauszuschlagen, wenn seine Kameraden streiken, und wenn Brust in diesem Fall die Mitglieder des christlichen Verbandes hinter sich haben sollte, dann ist der christliche Bergarbeiter-Verband nicht anders als ein Streikbrecher-Organisation. —

Die Vorwirkungen der Zollvorlage

machen sich in immer stärkerem Maße bemerkbar. Auf dem Einlaufstag der rheinisch-westfälischen Konsumvereine in Wülheim a. Rh. konnten Abchlässe in Nählfabrikaten und Teigwaren nur auf kurze Zeit bewirkt werden. Keine der offerierenden Firmen, so wird uns von dort geschrieben, erklärte sich im Stande, auf länger als März 1903 laufende Schlüsse einzugehen. Die Zollvorlage würde, falls sie bis dahin angenommen sei, eine sofortige bedeutende Preis-erhöhung bringen, obgleich der Tarif erst später in Kraft tritt. Man müsse befürchten, daß größere Zwischenläufe gemacht und geringe Marktanfuhr erfolgen würde.

So werden schon ohne Tarif, nur im Hinblick auf dessen Annahme, die Lebensmittelpreise steigen. —

Freiherr v. Wangenheim, der erste Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat jetzt in einer Versammlung in Lorzau erklärt, er würde es in Zukunft ablehnen, ein Mandat für den Reichstag und den Landtag anzunehmen. Der edle Herr kann nun seine hohen Geisteskräfte gänzlich dem Landwirtschaftsbunde zuwenden; oder will er sich der Verwaltung seiner Güter widmen, um endlich doch zu einigen steuerpflichtigen Einkommen zu gelangen? —

Zur Luderbrief-Affaire teilt der Vater des von dem Gänge-Peters wegen angeblicher Erfindung des Luderbriefes und Abhebung falschen Zeugnisses in dem Peters-Prozess scharf angegriffenen Lieutenant a. D. Bronsart v. Schellendorf, Geheimrat v. Bronsart, den „Braunsch. R. Nachr.“ mit, daß sein Sohn sich auf der Station Wöbun am Alimandicharo befindet und infolge der schlechten Postverbindungen auf die Angriffe des Peters in der „Zinanzsicht“ noch gar nicht habe antworten können, selbst wenn er, was fraglich, den Artikel überhaupt zu Gesicht bekommen habe. Selbstverständlich werde sein Sohn nach Kenntnisnahme der Angriffe die Beleidigungslage gegen Peters aufstreifen. Der Reimigungsversuch des Hänge-Karl wird also dem kritischen Licht einer gerichtlichen Verhandlung angeleitet werden. —

Empörende Behandlung eines polnischen Redakteurs. Der „Volks-Zeitung“ wird aus Kattowicz gemeldet: Der Redakteur Hoffmann von der polnischen Zeitung „Gornolazog“ in Kattowicz, der wegen Diebstahls zu acht Tagen Gefängnis verurteilt war, wurde am Dienstag mit einem Justizhüter zusammen gefesselt nach Beuthen transportiert. —

Schiedspruch des Samoa-Schiedsgerichts. König Oskar von Schweden, dem in dem Samoa-Konflikt vom Jahre 1899 die Rolle des Schiedsrichters von den an dem Konflikt beteiligten Mächten zuerkannt worden war, soll nach einer Meldung der „New York Tribune“ nunmehr seinen zu Gunsten Deutschlands ausgefallenen Entscheid gefällt haben. Der „Konflikt“ war dadurch entstanden, daß England und Amerika im Anfang des Jahres 1899 in den Streit zwischen Mataafa und dem zum Gegenkönig proklamirten Sohne Malitosa, Lanu, eingegriffen, Truppen gelandet und Stranddörfer beschossen hatten, wodurch deutschen Reichsangehörigen Schaden, u. a. durch Verhaftung mehrerer Deutscher, zugefügt worden war. Für diesen Schaden verlangte Deutschland Ersatz durch England und Amerika. Da die Verhandlungen zu keinem Ziele führten, wurde König Oskar schließlich mit dem Schiedsamt betraut. Sein Spruch soll nunmehr Deutschlands Entschädigungsansprüche für berechtigt erklärt haben. —

Ausland.

Der Generalfreist der französischen Bergarbeiter.

Der Streik vor der Kammer. Bei der Wiederaufnahme der Beratung der Interpellationen über die Ausstände am Donnerstag beantragte Jaurès, daß die Regierung den Streite der Bergarbeiter mit den Arbeitgebern ein Ende setze und begründet alsdann die Forderungen der ersteren; Redner verlangt die Genehmigung gewisser Gesetze, wie die Begrenzung des Arbeitstages, die Abänderung des Gesetzes über Unfälle, die Gewährung der Mindest-Altersversorgung nach Erreichung des fünfzigsten Lebensjahres.

Die Abgeordneten der vier Gruppen der ministeriellen Majorität der Kammer traten vor Beginn der heutigen Kammer Sitzung zusammen. Sie beschloffen, bei Beendigung der Interpellationen über die Ausstände eine Tagesordnung einzubringen, in welcher sie das Vertrauen aussprechen, daß die Regierung 1. die freie Ausübung des Ausstandsrechtes und die Freiheit der Arbeit sichern werde, 2. daß sie ferner alles in ihren Kräften stehende thun werde, um die Beratung der die Bergarbeiter interessierenden Gesetze in dem Parlament zu beschleunigen, 3. daß sie ihren Einfluß dazu gebrauchen werde, um eine friedliche Lösung in dem Konflikt auf dem Wege eines Schiedsgerichtes herbeizuführen.

Der Streik der Döder von Dänkirchen und Calais ist allgemein. Kohenschiffe werden nicht entladen. — Das Nationalkomitee der Bergleute bleibt in Paris bis nach Schluß der Interpellationen zum Bergarbeiter-Ausstände versammelt. — Das Komitee der Confédération du Travail hat in einer Versammlung in der Pariser Arbeitsbörse die Frage erörtert, ob der gegenwärtige Streik der Bergleute ein Generalfreist im revolutionären Sinne oder nur ein ökonomischer sei. Durch die Annahme einer Resolution erklärt sich das Komitee bereit, Vorschläge seitens der Bergleute, auf Grund deren eine allgemeine Bewegung sämtlicher Arbeiter herbeigeführt werden kann, entgegenzunehmen.

Der Justizminister hat unter Hinweis auf die Ausstände die Staatsanwälte durch Rundschreiben aufgefordert, die Freiheit der Arbeit zu schützen, falls eine Rechtsverfolgung wegen Verletzung der Arbeitsfreiheit

nötig erscheinen sollte. Doch müsse eine solche Verfolgung mit Vorsicht vorgenommen werden, damit sie nicht als eine Beinträchtigung des Ausstandsrechtes, das gesetzlich anerkannt sei, ausgelegt werden könne.

Dänkirchen, 22. Oktober. (B. T. B.) Nachmittags fanden hier Unruhen statt, bei denen vier Polizisten und ein Polizeikommissar verletzt wurden. Mehrere Läden wurden geplündert; das Bewog die übrigen Ladenbesitzer, ihre Magazine zu schließen. Am Abend begaben sich die Ausständigen nach dem Hafen und verbrachten die Lade mit Kohlen beladenen englischen Schiffe zu durchschneiden und steckten Leinwandballen in Brand, später warfen sie mehrere Karren und Baracken, welche den Personen dienten, die die Ausständigen überwachen sollten, in den Kanal. Schließlich gelang es dem Militär, die Ausständigen zurückzudrängen. —

Oestreich-Ungarn.

Töfz Töfz im Reichsrat. In der Mittwochs-Sitzung des Reichsrats ereignete sich wieder einmal eine Staudalszene, bei der sogar das Töfz Töfz eine Gastrolle gab. Nach den Ausführungen der Generalfreier ergriff der Czechen Sehnal das Wort zu einer „that-sächlichlichen Verächtigung“ und sprach längere Zeit czechisch. Die Alldutschen Berger und Schönorer fahren auf und begannen Ermahnungen an das Präsidium zu richten. Mehrere deutsche Abgeordnete stürmen auf die Gegner zu. Berger schreit sie an: „Ihr seid's Schmeichele!“ Bei den Alldutschen wird die Erregung immer größer. „Der Präsident“, apostrophiert Schönorer den Vizepräsidenten, „schmeißen sie ihn doch hinaus!“ Die Czechen schreien: „Das ist die Kultur!“ „Schönorer soll nicht provozieren!“ schreit Jresl. — Der Kravall ist immer größer geworden, plötzlich hört man ein deutliches „Töfz! Töfz!“ Ein Moment lang ist es still geworden. Da sieht man, wie der Abg. Berger unter der Bank ein kleines Automobilpfeifen herborzieht. Sehnal spricht weiter czechisch, und seine Parteigenossen applaudieren stürmisch. Das benutzt Berger, um in den Saal zu schreien: „Die benehmen sich da dräben wie Lausbuben.“ Zahlreiche Czechen stürmen auf Berger los; im Au ist er umzingelt und wird mit geballten Fäusten bedroht. Während des Lärms aber erhebt sich der Präsident und unterbricht die Sitzung. —

Budapest, 23. Oktober. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das hiesige Socialistenblatt „Die Volkstimme“ ein Strafverfahren eingeleitet und zwar wegen eines in dem genannten Blatte veröffentlichten Artikels, welcher Beschimpfungen des Ministerpräsidenten v. Szell und des Ackerbauministers enthielt. Der Verfasser des Artikels, Julius Tatal, wurde verhaftet. —

Belgien.

Die Beschlüsse des Nationalkomitees der Bergleute sind nun bekannt gegeben: An der Forderung der fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung ist festzuhalten und die Minenbesitzer sind noch ein letztes Mal schriftlich aufzufordern, den berechtigten Wünschen der Arbeiter zu entsprechen; um ein Vorgehen auf internationaler Basis zu ermöglichen, ist sofort eine Zusammenkunft der Führer der Bergleute von Belgien, Frankreich, England, Deutschland und Oestreich herbeizuführen; Deputationen sollen an die Arbeitsministerien entsandt werden, damit diese die Forderungen der Bergarbeiter unterstützen. —

Spanien.

Stenerkravalle. In Balderrobres fanden anlässlich der Einziehung der städtischen Steuern heftige Unruhen statt, so daß die Gendarmen einschreiten mußte. Zwei Gendarmen wurden verwundet, ein Bauer getötet und mehrere andre durch Schüsse verletzt.

England.

Die Krise im Somaliland. In Londoner Kolonialkreisen herrscht die größte Besorgnis über die aus dem Somaliland eingehenden ungünstigen Nachrichten. Man befürchtet, daß die Kolonne Swahue von den Truppen des Mullah vollständig ausgerieben worden ist. Der unlängst von einem Offizier der Expedition veröffentlichte Bericht, wonach die Engländer in einem Gefecht von 400 bis auf 33 Mann aufgerieben wurden, gilt als den Thatfachen entsprechend, obgleich man ihn zur Zeit seiner Veröffentlichung als erfunden oder wenigstens übertrieben bezeichnet hatte. Die Opposition beschuldigt die Regierung, die wirkliche Lage zu verschweigen und schließlich eine Interpellation über die neuerdings betriebene Nahrungswirtschaft im Generalstabe an. —

Bei der Erziehung in Devonport an Stelle des verstorbenen liberalen Deputierten Norton wurde der Regierungslandidat Locke mit 3785 Stimmen gewählt; Draxley (liberal) erhielt 3757 Stimmen.

Wegen die Schulbil. In New Castle on Tyne beschloß eine große Versammlung von Gewerkschaftsvertretern der Nordgraffschafen, Genossenschaftlern, Gemeinderäten usw., den Premierminister aufzufordern, entweder den Entwurf zurückzuziehen oder das Parlament aufzulösen und den Entwurf dem Urtheil des Volkes zu unterbreiten.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Oktober. Der russische Botschafter Sinowjew, der sich am Sonnabend nach Livadia zu begeben gedenkt, wurde heute vom Sultan in Audienz empfangen. Der Sultan teilte ihm mit, daß die Säuberung Macedoniens von den Wanden und die Veruhigung des Landes gesichert sei und ließ dem Kaiser von Rußland die freundschaftlichsten Versicherungen übermitteln. Am Montag oder Dienstag wird eine türkische Mission abreisen, um dem Kaiser von Rußland ein Handschreiben und Geschenke zu überbringen. —

Hien.

Sühne für die Ermordung der englischen Missionare. Den „Times“ wird aus Shanghai gemeldet, der englische Generalkonsul in Hankau habe verlangt, daß der militärische Beamte, der für die Ermordung der Missionare unmittelbar verantwortlich zu machen sei, hingerichtet werde und daß auch die übrigen Beamten eine entsprechende Strafe treffe. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Antwort der Kohreiter und Hefler auf die Beschlüsse der Unternehmer

gab am Mittwochabend eine imposante Versammlung der Streikenden. Der Andrang war ein so gewaltiger, daß der große Kellerische Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Wessenthal sagte in seinem einleitenden Referat unter anderem: Die so radikal klingenden Beschlüsse der Unternehmer-Versammlung seien nur gefast, um der Öffentlichkeit zu imponieren, innerlich aber lasse die Einigkeit der Unternehmer vieles zu wünschen übrig. Bewilligt haben bereits über 90 Firmen mit circa 650 Arbeitern. Die Firma Pirich hat ihre unterschrieben gegebene Bewilligung jedoch innerhalb 24 Stunden wieder zurückgezogen. Es sei bekannt geworden, daß die Unternehmer die Schuld an dem Streik lediglich der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes beizuschreiben, welche die sonst so zufriedenen Kohreiter unwillig in den Streik gekehrt hätte. Auf diese Unterstellung eine Antwort zu geben, überlasse er der Versammlung. Ferner hätten die Unternehmer den Wunsch geäußert, beim etwaigen Friedensschluß einen dreißigjährigen Vertrag mit den Arbeitern abzuschließen. Gegen eine längere Vertragsdauer sei an sich nicht viel einzuwenden, jedoch müßten die Unternehmer erst den Beweis liefern, daß sie Verträge auch zu halten gewillt sind, denn die Vereinbarungen von 1900 seien von ihnen schon nach ganz kurzer Zeit in schändlicher Weise durchbrochen worden. Sehr erfreulich sei die feste und geschlossene Haltung der Streikenden. Die Zahl der Streikbrecher verringere sich von Tag zu Tag; bis auf einen Bruchteil haben auch die auswärtigen arbeitenden Monteur sich dem Streik angeschlossen, ja sogar vom Ausland seien dieselben nach Berlin zurück-

gekehrt, um sich an dem Lohnkampf zu beteiligen. Redner verliest Johann ein Schreiben des Obermeisters Grün, worin die bereits bekannten Beschlüsse der Unternehmer-Versammlung der Lohnkommission mitgeteilt werden. In dem Schreiben heißt es, nach Ansicht der Versammlung habe sich der im Jahre 1900 vereinbarte Tarif gut bewährt; auch hätten die Arbeiter damit sehr zufriedenstellende Löhne erzielt. Der andauernde Tiefstand der Industrie rechtfertige eine Lohnerhöhung in keiner Weise und könne solche niemals bewilligt werden. Die einzig richtige Antwort hierauf sei, die Beschlüsse der Unternehmer einfach zu ignorieren, fest zusammenzuhalten und kein Jota von den gemachten Forderungen abzulassen. — In der Debatte beteiligten sich 21 Redner. Alle sprachen im Sinne des Referenten und hoben ganz besonders hervor, daß sie in keiner Weise von Verbandsbeamten in den Streik gedrängt worden seien, im Gegenteil habe die Ortsverwaltung des Verbandes auf das mehrfache Drängen der organisierten Kohreiter hin erst ihre Zustimmung zu der Lohnbewegung gegeben. — In begeisterter Stimmung nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie erklärt, daß keine Beschlüsse der Unternehmer sie in ihrem Verhalten beeinträchtigen können und daß nach wie vor alle geeignet erscheinenden Schritte unternommen werden, um die Forderung zur Durchführung zu bringen.

Zum Streik der Bleigläser, Glasmaler und Messinggläser. Die vom Vorsitzenden des Arbeiter-Bundes gewinnigsten neuen Verhandlungen wurden am Mittwoch in vierstündiger Sitzung von den beiderseitigen Kommissionen geführt, sie hatten jedoch auch diesmal kein Ergebnis. Alles, was die Unternehmer zugehen wollten, war: eine am 1. August 1903 in Kraft tretende Lohnerhöhung auf 60 Pf. pro Stunde, während die Streikenden 62 Pf. sofort fordern. Außerdem verlangten die Arbeitgeber, daß die Streikenden auf ihren eignen Arbeitsnachweis verzichten und den Zimmernachweis anerkennen. Als Gegenleistung soll dem Gesellenauschuß das Recht zugesprochen werden, ihr und wieder Einsicht in die Bücher des Nachweises zu nehmen. — Die noch am selben Abend abgehaltene Streikerversammlung lehnte diese Forderungen der Unternehmer einstimmig ab. Eine geistreiche Würdigung fand auch das überaus prägnante Benehmen des Fabrikanten Vialli-Schönberg, der bei den Verhandlungen äußerte: Wir können wohl bewilligen, aber wir wollen nicht. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der sie ihre Bedauern über das so wenig entgegenkommende Verhalten der Arbeitgeber ausdrückt. Sie erklärt sich ferner zu weiteren Verhandlungen bereit, verpflichtet sich jedoch, den Kampf nicht eher abzubrechen, als bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes „Union“ bereiten eine Lohnbewegung vor. Den Accordalitionen ist zugunsten worden, ihre Hilfsarbeiter, die sogenannten Einholer, fernerhin selbst zu bezahlen. Während dies bisher vom Werke geschah. In einer stark besuchten Versammlung wählten die Accordarbeiter eine Kommission, die bei der Direktion um Zurückziehung ihrer unverständlichen Verfügung vorstellig werden soll, denn die gezahlten Accordsätze sind bereits so niedrig bemessen, daß die Bezahlung der Einholer durch die Arbeiter geradezu unmöglich ist. Am kommenden Sonntag soll die Kommission ihrer Versammlung Bericht erstatten und wird dann, je nach der Antwort der Direktion, über weitere Maßnahmen berichtet werden. Bei einem Ausstand würden etwa 2000 Arbeiter in Betracht kommen.

In der Nähmaschinenfabrik von Rothmann-Rixdorf haben gestern sämtliche Justierer wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Ausstand der Dreher, Gürtler, Schlosser usw. in der Kronleuchterfabrik von Dietrich, Wasserhorststraße, ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Sämtliche Forderungen wurden bewilligt.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Der „Textilarbeiter“, das Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, bringt in seiner neuesten Nummer eine Schilderung über die Lage der Weberei im Meeraner Bezirk. Die interessante Darstellung ist für die Beurteilung der Ursachen des Streiks in Meerane von erheblicher Bedeutung. Sie lautet in ihrem wesentlichsten Teil: Noch uns die Sintflut! Diesen selbstjähigen Grundlag befolgt bekanntlich das Kapital im allgemeinen, im besonderen befolgen ihn aber die Meeraner Textilbarone, die durch ihren Druck auf die Warenpreise gewisser Teilbarone der Textilindustrie seit vielen Jahren eine so rücksichtslose Konkurrenz machten, daß ganze große Textilorte ihnen unterthan wurden und große blühende mechanische Webereien um ihre Selbstständigkeit kamen; sie mußten schon seit langem als Lohnwebereien für Meeraner Firmen ihr Dasein fristen.

Die durch die mechanische Großweberei zum größten Teile aufgelösten Hauslohnwebereien sind also in neuer Form entstanden, und das die Arbeiter so schädigende Zwischen-Unternehmertum steht nach wie vor in Mitle, denn es giebt jetzt kaum noch Weberei-Orte in Sachsen, die keine Lohnwebereien aufweisen.

Für die Arbeiter ist das um so schlimmer, als seitens der Lohnwebereibesitzer alle Forderungen der Arbeiter mit der Begründung abgewiesen werden können, daß „sie doch auch leben müssen“ und leider nicht soviel Lohn vom Großarbeitgeber bekämen, daß sie ihrerseits ihren Arbeitern mehr zahlen könnten.

Nun, der Zustand der Ungewißheit, unter dem der Arbeiter nicht nur, an wen er sich mit Lohnforderungen wenden sollte, und der nur Verschlechterungen seiner Lage, kaum jemals aber Verbesserungen derselben auskommen ließ, ist in neuer Form entstanden und lähmt die Aktionsfähigkeit der Arbeiter so, daß es äußerst schwer für sie ist, gegen die zwei Arbeitgeber-Kategorien etwas zu unternehmen — denn gegen beide muß der Arbeiter sich wenden, will er irgend Hebung seiner Lage oder irgend Abwendung geplant Verschlechterungen derselben etwas unternehmen.

Das wissen die Großunternehmer sehr wohl, und deshalb pflegen sie das Lohnwebereistystem, wobei sie nicht allein auf moderne Weise Arbeitskräfte zu Hauswebelöhnen sich erhalten, sondern auch Arbeiter, die durch ihre Gefügigkeit ihre in den den Großunternehmer gehörigen Fabriken thätigen Kollegen in gewissen Schranken halten.

Die Rolle des Niederhaltens spielen die Lohnwebereien auch in dem gegenwärtigen Kampfe, wenigstens soweit sie sich außerhalb Meeranens befinden, denn in Meerane selbst sind die Lohnwebereien in den Kampf mit einbezogen worden, auch in dem Nachbarorte Glauchau, doch außerhalb Meeranens und Glauchaus wird in ihnen für Meerane sogenannte Streikarbeit verrichtet, und die Streikenden müssen viel Mühsal und Energie aufwenden, die in den Lohnwebereien thätigen Kollegen von ihrer verderblichen Thätigkeit abzuhalten, die sie also solche vielfach unbewußt ausüben mögen, denn der Lohnwebereibesitzer braucht ja seinen Arbeiter zu sagen, für welche Firmen die Arbeit geleistet wird.

Der Kampf der Weber ist nicht allein ein Kampf zu ihrem eignen Saue, sondern auch ein solcher zum Saue der ganzen Webindustrie vor unkontrollierter Konkurrenz. Dieser muß endlich einmal die Spitze geboten werden, damit auf Meerane nicht mehr als ein Ort verwickelt werden kann, der wegen seiner geringen Warenpreise bei den Textilindustriellen des ganzen Reiches beschäftigt geworden ist.

Bei Prüfung des Ausstandes auf seine Berechtigung darf man übrigens nie vergessen, daß es ein Abwehrstreik ist. Immer und immer wieder versuchen einzelne Fabrikanten die Löhne zu senken, und wiederholt ist es in den letzten Jahren deshalb zwischen ihnen und den Arbeitern zu ersten Differenzen gekommen, die in Ausstände auszulassen drohen, aber stets noch rechtzeitig geslichtet

werden konnten, bis es um Neujahr doch zu einem Auslande wegen der Jehnstundenforderung kam, der aber durch beiderseitiges Nachgeben nach mehrjähriger Dauer beendet wurde.

Auch diesmal hätte sich der Ausstand vermeiden lassen, wenn die Fabrikanten den von den Arbeitern eingereichten Lohnstarif anerkannt hätten, der zu weiter nichts dienen sollte, als die bisherigen Löhne festzuhalten. Doch die Fabrikanten wollten Lohnreduktionen und versuchten ihrerseits einen Tarif zur Geltung zu bringen, der für viele Artikel namhafte Lohnherabsetzungen bedeutet haben würde.

Ein solcher Tarif widersprach natürlich den Absichten der Arbeiter und der Ausstand wurde unvermeidlich.

Zur Lage des Streiks liegt ein Telegramm des Korrespondenz-Bureaus Schaffer vor, welches besagt: Die Textilfabrikanten der sächsischen Weberbezirke haben sich geschlossen gegen die Forderungen der Arbeiter und für die Unterstützung der Fabrikanten des Rheins-Glauchauer Bezirks während der Dauer des Streiks ausgesprochen.

Bekanntlich stehen die Arbeiter der betreffenden Weberbezirke ebenfalls geschlossen auf der Seite ihrer kämpfenden Kameraden in Meerane und Glauchau. Da sich die Unterstützung der Fabrikanten doch nur auf die Lieferung von Streikarbeit erstrecken kann, so dürfte es den Fabrikanten wohl nicht möglich sein, die zugesagte Unterstützung zu gewähren.

Die Lohnkommission der Weber in Uera hat eine ernste Eingabe an die Fabrikanten gerichtet und um Verantwortung der bisher von den Fabrikanten offen gelassenen Fragen wegen „Festigung der täglichen Arbeitszeit, einheitlichen Zeitlohn für Muster, Vergütung für kurze Ketten, Warten auf Material, Karten und Kartenumwechsel, Anerkennung eines Fabrikantenauslasses, Bekanntgabe des Lohnes bei Beginn jeder Arbeit und Auskündigung des Lohnstarifs in den Werkstätten“ ersucht. Die Arbeiter hoffen, daß wegen des Mindestlohnstarifs sowohl als der übrigen Forderungen eine Einigung zu Stande kommt und bitten, die Vorschläge für die Lohnsätze eines Mindestlohnstarifs bis 1. November bekannt zu geben und gleichzeitig eine bestimmte Antwort zu den übrigen Forderungen zu veröffentlichen.

Die Eisnarbeiter in Hamburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie ersuchen, daß der Bezug sergehaltener werde.

In Mainz befinden sich sämtliche organisierte Arbeiter der Schuhfabrik von Waldmann u. Comp. im Streik, weil ihre Löhne um 10—20, bei den Arbeiterinnen sogar um 50 Proz. herabgesetzt werden sollten.

Ausland.

Der Eisenarbeiter-Streit in Oenna ist, wie das „V. S.“ berichtet, beendet und zwar in der Hauptsache mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Arbeiter lehnten die Forderung ab, alle während des Streiks aufgenommenen Arbeiter wieder zu entlassen.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel in den ersten neun Monaten 1902.

Nach dem sechsten vom kaiserl. Statistischen Amt herausgegebenen Septemberheft der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel beträgt von Januar bis September 1902:

1. Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 31 861 813 gegen 33 908 148 und 33 545 309 für die gleiche Zeit in den beiden Vorjahren. 20 von 43 Zolltarifnummern brachten eine höhere Einfuhrmenge als im Vorjahre, 23 eine geringere. Wesentlich geringer war die Einfuhr von Holz (— 518 148), Erden, Erzen zc. (350 015), Kohlen (296 433), Getreide (172 361), Eisen und Eisenwaren (121 509), Abfällen (118 249), Steinen und Steinwaren (58 406) und von Del und Fetten (50 722). Eine starke Einfuhrzunahme zeigt sich nur bei Material- zc. Waren (+ 180 960).

2. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 25 147 620 gegen 23 571 072 und 24 100 486 für die gleiche Zeit in den beiden Vorjahren. Bei 34 Zolltarifnummern zeigt sich eine verstärkte Ausfuhr. Hierunter ragen hervor: Eisen und Eisenwaren (+ 772 349), Kohlen (281 098), Materialwaren (213 679), Erden, Erze (170 025), während die Ausfuhr von Getreide (— 23 833), Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen (— 19 376) erheblich nachgelassen hat.

3. Die im wesentlichen nach den Vorjahreswerten berechneten Einfuhrwerte für Januar bis September 1902 betragen in 1000 M.: 4 276 830 gegen 4 200 795 und 4 476 219 für die gleiche Zeit in den beiden Vorjahren, daher gegen 1901 mehr 67 035, gegen 1900 weniger 190 380. Bei 21 von 43 Zolltarif-Nummern ergeben sich höhere Einfuhrwerte, namentlich bei Baumwolle und Baumwollwaren, Flachs zc., Häuten und Fellen, Kupfer zc., Materialwaren, Seide und Seidenwaren, Tieren und tierischen Erzeugnissen, Vieh, Wolle zc. und Waren daraus, während wesentlich geringere Einfuhrwerte zeigen: Abfälle, Eisen und Eisenwaren, Erden, Erze, Edelmetalle zc., Holz, Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge, Del und Fette.

4. Die im wesentlichen nach den Vorjahreswerten berechneten Ausfuhrwerte betragen für Januar bis September 1902 in 1000 Mark: 3 599 501 gegen 3 290 054 und 3 510 820 für die gleiche Zeit in den beiden Vorjahren, daher mehr 308 847 und 88 972. Wesentlich höhere Ausfuhrwerte zeigen sich bei Baumwolle und Baumwollwaren, Droguerie, Apotheker- und Farbstoffen, Eisen und Eisenwaren (87 Millionen Mark), Erden, Erzen, Edelmetallen, Kupfer zc., während sich nur bei Getreide und andern Landbau-Erzeugnissen mit einem Ausfall von 7,5 Millionen eine bedeutendere Abnahme der Ausfuhrwerte zeigt. Die ermittelten Ausfuhrwerte sind zwar die höchsten im Jahreslauf, sie werden jedoch voraussichtlich infolge des andauernden Preisrückgangs bei einer Reihe von Waren nach Ablauf des Jahres noch eine Ermäßigung erfahren.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Wie bestimmt verkauft, soll in der Aufsichtsratsitzung für das Geschäftsjahr 1901/02 die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr vorgeschlagen werden.

Reichlich-westfälische Kohlenindustrie. In der geistigen Beirats-sitzung wurde die Linsage (aus der die Ausfuhrquantitäten bestimmt werden) für das vierte Vierteljahr 1902 auf den bisherigen Satz von 6 Proz. festgesetzt.

Feierlichkeiten. Kürzlich wurde schon von größeren Arbeiterentlassungen in den Düsseldorf-Röhren- und Eisenschmelzwerken berichtet. Wie jetzt gemeldet wird, sieht sich auch die dortige große Kesselschmiede von Jacques Piedbois zur Verkürzung der Arbeitszeit genötigt. Den Arbeitern wurde nämlich durch Anschlag mitgeteilt: Infolge der allgemeinen schlechten Geschäftslage und des dadurch herbeigeführten Arbeitsmangels ist es uns trotz aller Bemühungen und der teilweise bis unter die Selbstkosten ermäßigten Preise nicht gelungen, die zur vollen Beschäftigung nötigen Aufträge zu beschaffen. Wir legen uns daher zu unserem Bedauern gezwungen, um Entlassungen von Arbeitern so lange als möglich zu vermeiden, vorerst die Arbeitszeit einzuschränken, und zwar mit Beginn der nächsten Woche Montags und Sonnabends den Betrieb ruhen zu lassen.

Verfammlungen.

Die Erwahl zur Stadtverordneten-Verammlung beschäftigte gestern abend zwei öffentliche Kommunalwähler-Verammlung für den vierten und ersten Kommunal-Wahlbezirk.

Am 4. Bezirk referierte Stadtv. Dr. Alfred Bernstein. Nach lebhafter Diskussion über verschiedene kommunalpolitische Fragen wurde als Kandidat an Stelle des verstorbenen Professors Virchow einstimmig Dr. Leo Arons aufgestellt. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Hensel, Buchholz und Käster gewählt.

In der zahlreich besuchten Verammlung für den ersten Bezirk wies Reichstags-Abgeordneter Stadtbagen in einem anregenden und lehrreichen Vortrage auf die große Bedeutung der Verantwortung, Redakteur: Carl Leid in Berlin. Informativ verantwortlich: Dr. G. Gode in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt

Erwahl für den verstorbenen Gen. Negner hin. Von den 5003 eingeschriebenen Wählern des Bezirks haben sich an der letzten Wahl nur 2400 beteiligt; 1673 wählten sozialdemokratisch. Eine große Zahl der Wähler muß also noch aufgeführt werden, damit sie ihr Wahlrecht im sozialdemokratischen Sinne ausüben. Als Kandidat wurde einstimmig Genosse Emil Voigt aufgestellt. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Erbe, Karl Scholz, Rasche, Hoch und Pohl gewählt.

Der Wahlverein für den vierten Kreis (Süd-Ost) hielt am Dienstag in der „Arcania“, Brangelstraße, seine General-Verammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Verammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Hoffmann erstattete, war zu entnehmen, daß im verfloffenen Halbjahre die Ver-sammlungen im allgemeinen gut besucht waren. Obwohl in den 6 Monaten 412 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind und die Mitgliederzahl auf 2250 gestiegen ist, mühte doch mehr als bisher für den Verein agitiert werden, zumal schon in der nächsten Zeit besonders große Anforderungen an die Partei gestellt werden. — Nach der ausgenommenen Statistik sind die einzelnen Verufe im Verein folgendermaßen vertreten: Arbeiter 465, Tischler 508, Drechsler 45, Portierer 82, Stellmacher 17, Bildhauer 30, Klavierarbeiter 9, Böttcher 6, Kistenmacher 7, Maschinenarbeiter 22, Stodarbeiter 1, Korbmacher 7, Bretterträger 2, Zimmerer 60, Leisten-Vergolder 24, Birkenmischer 5, Holzarbeiter 2, Stuhlarbeiter 1, Perlmutter-arbeiter 1, Kürzler 72, Schmiede 20, Formner 24, Klempner 65, Schlosser 143, Silberarbeiter 5, Schleifer 30, Goldarbeiter 1, Gießer 8, Graveure 9, Dreher 44, Kupfer-schmiede 10, Prüder 18, Monteur 5, Eisenler 3, Galvanisierer 3, Mechaniker 15, Holz-leger 15, Drahtmacher 1, Heizer 5, Maschinenführer 5, Uhrmacher 7, Metallarbeiter 48, Maurer 218, Anstricher 15, Töpfer 29, Stein-arbeiter 5, Dachdecker 13, Glaser 4, Stuccatureur 2, Brunnennauer 1, Maler und Anstreicher 31, Lackierer 11, Steinseger 3, Bäcker 2, Schlächter 7, Cigarrenarbeiter 22, Kellner 8, Friseur 1, Müller 1, Bierfahrer 1, Bierverleger 3, Bierabzieher 1, Hausdiener 30, Gast- und Schankwirte 172, Steindrucker 10, Buchdrucker 23, Schrift-seher 28, Stereotypenre 2, Schriftgießer 5, Lithographen 4, Korre-ktor 1, Schneider 32, Bügler 1, Stepper 1, Zuschneider 2, Tisch-scherer 1, Weber 8, Kürschner 3, Schuhmacher 49, Putzmacher 3, Hilfsarbeiter 1, Sattler und Täscher 39, Tapezierer 15, Leder-arbeiter 30, Fräger und Presser 4, Polamentarbeiter 3, Orber 4, Buchbinder 37, Albumarbeiter 1, Kartonarbeiter 1, Lederfärber 1, Bader 3, Händler 60, Antzler 22, Spektoren 2, Werkführer 2, Müller 4, Barbier und Friseur 34, Deligebissen 3, Porzellan-arbeiter 4, Gärtnere 1, Bureaugehilfen 2, Lageristen 3, Handlungs-gehilfen 5, Reisende 2, Kaufleute 10, Buchhalter 2, Schriftsteller 3, Privatier 2, Redakteur, Expedient, Oekonom, Tanzlehrer, Gesang-lehrer, Hemstempeler, Strassenwärter, Kranzbinder, Kassenbeamte, Versicherungsbeamte, Kassierer, Schreiber, Bureauvorsteher, Agent, Zeichner, Admittant je einer. — Den Kassenbericht gab Trautzl. Danach betragen die Einnahmen inkl. des alten Bestandes insgesamt 3114,25 M., die Ausgaben 3075,05 M., so daß ein Bestand von 39,20 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und der Kassierer entlassen. In den Vorstand wurden sodann folgende Genossen neu- bzw. wiedergewählt: P. Hoff-mann erster, M. Menzel zweiter Vorsitzender; F. Proth-mann erster, O. Ripplable zweiter Schriftführer; W. Trautzl erster, P. Delenrant zweiter Kassierer; A. John, P. Laafer und W. Gese als Beisitzer; M. Miz, P. Edeling und E. Osburg als Revisoren. — Hierauf referierte Dr. M. Friedeberg über „Die deutsche Krankenversicherung und das Proletariat.“ — In der Diskussion über den interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag verweist G. und man u. auf die Verhältnisse in den Krankenhäusern und fordert dann u. a., daß den Kassen, um ihren thätigsten sehr wichtigen Aufgaben ge-dient werden zu können, vom Staat die notwendigen Mittel zur Ver-fügung gestellt werden.

Nachdem der Vorsitzende noch auf die am Donnerstag bei Graumann, Naumburgerstraße, stattfindende Verammlung hingewiesen und zur regen Beteiligung an der Flugblattverteilung am Sonntag auf-gefodert hatte, erfolgte der Schluß der gut besuchten Verammlung.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband und die christlichen Streikbrecher.

Eine Verammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes be-faßte sich am Mittwoch mit dem Streik der Rima-Jache und dem Verhalten des Christlichen Holzarbeiter-Verbandes. Die Verammlung, die in den Andreaskäfen tagte, war sehr zahlreich besucht. Der Vorstand des Christlichen Holz-arbeiter-Verbandes war beifällig eingeladen. Anwesend waren von den Christlichen ihr Vorsitzender Hammling, der Schriftführer Krug und der Maschinenarbeiter Breitenbach, derjenige, dessen Betragen in der Jachenschen Werkstatt zu schweren Klagen An-lah gab, weshalb dessen Entlassung von den Deutschen Holz-arbeiter-Verband angehörenden Gesellen verlangt wurde. Stuch-e, der als Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes die Ver-handlungen mit dem Meister Jache leitete, gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf des ganzen Streiks. Als Beweise für die Streikbrecherdienste der Christlichen hatte er die mit Hammlings Namen und Adresse unterzeichneten Annoncen der „Märkischen Volks-zeitung“ und des christlichen „Deutschen Holzarbeiter“ zur Hand, und ferner einen von Hammling mit der Adresse des Meisters Jache und dem Vermerk „Geschäft“ beschriebenen Zettel, mit dem er einen ver-meintlichen Streikbrecher nach der Jachenschen Werkstatt sandte. — Hammling, der dann das Wort nahm, konnte diese Beweise selbstverständlich nicht enträften. Die Annoncen in der „Märkischen Volkszeitung“ (wohlgemerkt mit Ham-mings Namen und Adresse), sagte er, hätte er nicht ver-anlaßt. Er habe keine Ahnung, wie die Annonce dahin gekommen sei. Tagegen gab er zu, dieselbe Streikbrecher-Annonce im „Deutschen Holzarbeiter“, dem Verbandsorgan der Christlichen ver-anlaßt zu haben. Er brachte hierfür einige nichtssagende Ent-schuldigungen vor, die die Heiterkeit der Verammlung erregten und meinte dann selbst: „Es ist auch im Wirklichkeit lächerlich!“ Jenen Zettel zur Streikbrecher-Vermittlung, meinte er, hätte er nicht aus-gesandt, wenn er nicht ganz genau gewußt hätte, daß es ein Abgesandter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes war, dem er ihn gab. Auf die Befragung, daß der Christliche Verband die Streikbrecher auf-nehme, erklärte der Vorsitzende Hammling: es werde bei ihnen nicht danach gefragt, ob einer Streikbrecher war. — Was es wies die Verdrungen der Christlichen zurück und wandte sich besonders gegen die Behauptung, die Entlassung der im Christlichen Verband Organisierten, die ja übrigens zum Sächseln mit gestreift haben, sei die Hauptsache, die Lohnforderung nur ganz Neben-sache gewesen. Der Meister Jache habe vor dem Schiedsgericht ausdrücklich erklärt, daß die Lohnforderung die Hauptsache war. — Von den Christlichen sprach dann noch der Schriftführer Krug in einer Weise, als ob er gar keine Ahnung von dem Feind der Sache hätte. Während seines Redes verließ der Maschinenarbeiter Breitenbach den Saal. — Nachdem dann Wilh. Gütz und Stuch-e nacheinander den Standpunkt der modernen Arbeiterorganisation darlegten und den Christlichen im Geffensin geredet hatten, wurde nachstehende Resolution ein-stimmig angenommen. Die Christlichen stimmten nicht dagegen: „Die Verammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Streikenden vollständig einverstanden und verurteilt das Vorgehen des Christ-lichen Holzarbeiter-Verbandes auf das schärfste. Die Verammlung erklärt ferner, daß sich der Kampf gegen die Scheingelassen richtet und daß versucht werden soll, den Abzug an den Löhnen zurück-zudrängen, jedoch keineswegs gegen den Christlichen Holzarbeiter-Verband gerichtet ist. Sie verurteilt aber das Vorgehen des „Christlichen“ Holzarbeiters“ ebenfalls auf das schärfste und ist der Meinung, daß es eines Holz-arbeiters unwürdig ist, in einem Be-trieb, der gesperrt ist, durch Befolgen der leeren Forderungen in den Rücken zu fallen. Die Verammlung konstatiert, daß Streik-

bach versucht hat, Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes aus dem Betrieb hinauszudrängen und die leeren Forderungen mit Christ-lichen zu besetzen, und weist die Ausführungen des Organs des Christ-lichen Holzarbeiter-Verbandes und der „Germania“ entschieden zurück. —

Schöneberg. Heute, Freitagabend 8 Uhr, findet in Orts-Feffeln, Weiningerstr. 8, eine öffentliche Verammlung der Mitglieder der Crisis-Kranken-kasse der Stadt Schöneberg mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Bedeutung der Delegiertenwahl für die Krankenfallen-Mitglieder. Referent: Kubisch U h m a n n. 2. Diskussion. 3. Romantierung der von der Kommission auf-gestellten Delegierten. — Das Erscheinen der Mitglieder der Crisis-Kranken-kasse ist dringend erwünscht. Die Kommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Fleischnot.

Dresden, 23. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Zur Hebung der Fleischnot verzichten die Behörden auf Veterinär-Kontrolle in Dresden für in Westrich unterjuchtes Fleisch.

Der Bergarbeiter-Ausstand vor der französischen Kammer.

Paris, 23. Oktober. (B. T. V.) Deputiertenkammer. Jaurès wünscht, daß die Arbeitgeber und Arbeiter gleich hohe Beiräte für die Zwecke der Arbeitsvermittlung der Arbeiter ent-richten. (Beifall auf der äußersten Linken.) Redner wirft den Kohlenbergwerks-Gesellschaften vor, sie hätten den Arbeitslohn zu einer Zeit herabgesetzt, als ihr Gewinn stieg. Er verlangt, daß die Gesellschaft alljährlich ihre Bilanzen dem Parlamente vorlegen, und wünscht, daß die gemeinsamen Forderungen der Grubenarbeiter allgemein geregelt werden. Die Regierung müsse dahin wirken, daß bessere Bestimmungen im Generalkomitee der Gruben-besitzer Platz greifen; Redner verweist dabei auf das Beispiel des Präsidenten Koosvelt. Die Grubengesellschaften könnten keinen Widerstand leisten, wenn die Kammer ihre moralische Autorität zu Gunsten eines Schiedsgerichts des Ministerpräsidenten geltend machte, und die Kammer würde damit ein großes und patriotisches Werk vollführen, ein Wert der Billigkeit gegenüber den Arbeitern. (Beifall.) Ministerpräsidenti Combes rechtfertigt die Entscheidung von Truppen in die Ausstausgebiete; außer in einigen Fällen, die nicht hätten vorausgesehen werden können, sei die Ordnung aufrecht erhalten worden. Combes spricht sein Bedauern über das Vorkommnis in Terre-Roite aus, das mit dem Auslande durchaus nichts zu thun habe. Redner verspricht, im Senate die Vorlage, betreffend die Arbeitsdauer und der Unfall-versicherung im Parlamente zur Beratung zu stellen. Was die Lohnfrage betreffe, so müsse diese zwischen Arbeitgeber und Arbeitern geregelt werden. Der Minister-präsident erklärt schließlich, die Regierung werde sich an-gelagert sein lassen, für Besserung der Lage verschiederer Arbeiterklassen einzutreten und zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Die Regierung werde mit allen Kräften auf eine Beilegung des Ausstandes hinarbeiten, der drohe, zu einem großen Unglück auszuarten und vielleicht die französische Kohlenindustrie zu ruinieren, die ausländische Konkurrenz aber zu bereichern. (Beifall auf allen Bänken mit Ausnahme derjenigen der äußersten Linken.) Beauregard beschuldigt die Regierung, daß sie an der Fortdauer des Ausstandes schuld sei. Soubert verlangt, daß die Truppen zurückgezogen werden. Plichon rechtfertigt die Haltung der Grubengesellschaften und die Herabsetzung der Arbeitslöhne und sagt hinzu, die Gesellschaften hätten sich nicht geweigert, in Verhandlungen einzutreten.

Guillain und Plichon bringen die in Dänischen stattgehabten Unruhen zur Sprache. Ministerpräsident Combes erklärt, er habe von diesen Unruhen keine Kenntnis und protestiert gegen die Verbreitung tendenziöser Nachrichten. Von der Rechten wird Vertagung der Weiterberatung auf morgen verlangt. Jaurès wirft der Rechten vor, sie treibe Obstruktion. Minister-präsident Combes nimmt nochmals das Wort und sagt, man habe von der Regierung Antwort verlangt und teilt dann dem Hause zwei Depeschen mit. In der ersten, um 1 Uhr 40 Minuten ausgegebenen Depesche, telegraphiert der Unter-präsident von Dänischen folgendes: „Alle Maßregeln sind getroffen, um Aufhebungen zu unterdrücken. Im Lauf des Vormittags haben die Aufhebungen sich erneuert; die Unterpräfekte selbst wurde angegriffen; die vorhandenen Truppenkräfte haben sich als ungenügend erwiesen.“ In der zweiten Depesche teilt der Unter-präsident mit: „Der Ausstand ist beendet; die Arbeit wird morgen früh wieder aufgenommen; zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist es zu einer Verständigung gekommen.“ (Langanhaltender Beifall auf allen Bänken.)

Dem Präsidenten sind sieben Tagesordnungen zugestellt worden. Ministerpräsident Combes erklärt, er nehme nur eine Tagesordnung an, welche ein Vertrauensvotum enthalte. Das Haus lehnt nach-einander die übrigen Tagesordnungen ab und nimmt mit 525 gegen 3 Stimmen den ersten Teil einer von Sarrien, Jaurès, Gouze uim. eingebrachten Tagesordnung an, welche besagt: „Das Haus nimmt Akt von der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er in beiden Kammern die Beratung von Reformen, welche die Grubenarbeiter betreffen, beschleunigen werde. Darauf nimmt das Haus mit 335 gegen 180 Stimmen auch den zweiten Teil dieser Tagesordnung an, in welchem es heißt: „Die Kammer hat zu der Festigkeit und Weisheit der Regierung das Vertrauen, das sie gleichzeitig die Freiheit der Arbeit und das Recht zum Auslande aufrecht erhält. Schließlich wird mit 418 gegen 95 Stimmen der dritte Teil der Tagesordnung an-genommen, welcher lautet: „Die Kammer fordert die Regierung auf, von ihrem Einfluß dahin Gebrauch zu machen, daß die beiden sich einander gegenüberstehenden Parteien in einen Schiedsgericht willigen, und nimmt den Vorschlag des Abbe Lemire, betreffend Schaffung permanenter Räte, an.“ Die ganze Tagesordnung Sarrien endlich wird mit 375 gegen 164 Stimmen angenommen und daraus die Sitzung geschlossen.

Paris, 23. Oktober. (B. T. V.) Wie dem „Temps“ aus Dän-ischen gemeldet wird, hat der Platzkommandant dort den Be-lagerungszustand proklamiert. Der Bürgermeister hat alle Befugnis dem Platzkommandanten übergeben, der dem Vernehmen nach vier Regimenter zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach hier verlegen will. Alle Häuser sind versperrt und die Kaufäden verarmt.

Unterham.

London, 23. Oktober. (B. T. V.) Während einiger Inter-pellationen führen die irischen Abgeordneten, welche durch die Antworten des Parlamentsekretärs für Irland Whudham nicht zufrieden-gestellt waren, fort, eine große Zahl von Ergänzungsfragen zu stellen, trotz der Anordnungen des Sprechers. Es erhob sich darauf große, längere Zeit anhaltende Unruhe und Lärm. Die irischen Mitglieder versuchten darauf eine Ver-tagung zu beantragen, um das Vorgehen der irischen Exekutive besprechen zu können, welche einen Polizisten in seinem Amte belassen habe, obgleich er des Weineinschuldig sei. Der Sprecher verweigerte die Erlaubnis. Darauf erhob sich von neuem Unruhe. Schließlich erlangte Verlin (irischer Nationalist) die Erlaubnis eine Vertragung zu beantragen, um die letzten religiösen Un-ruhen in Belfast besprechen zu können.

Von Singer & Co., Berlin SW. 5, Pter 21 Postagen n. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

201. Sitzung. Donnerstag, den 23. Oktober 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei den Gerste- und Hafer-Voten fortgesetzt.

Abg. Franken (natl.):

Abg. v. Wangenheim sagte, die Landwirtschaft habe ihre hohen Ansprüche wieder gestellt, weil auch die Industrie auf sie keine Rücksicht genommen hat. Ich muß diese Behauptung, als eine Beleidigung zurückweisen. Wir halten noch immer an der Dreieinigkeit Landwirtschaft, Kohle und Eisen fest und stimmen für Erhöhung des Gerstenzollens, wie es die Regierungsvorlage will. Die Agrarier betrachten den Zolltarif als die Gelegenheit zu einer Nachprüfung gegenüber der Regierung, die sie unter ihrem Willen zwingen wollen. Auch die Herren vom Centrum, die ja so gern in Socialpolitik machen, haben noch keine klare Erklärung abgegeben, weshalb sie über die Regierungsvorlage hinaus wollen. Wir stimmen für die Regierungsvorlage. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lude (D. d. L.):

Die heftigen Angriffe des Centrum auf uns zeigen nur, wie un bequem wir ihm sind. Das Centrum wird ja genötigt sein, bei den Wahlen die Freundschaft des Bundes der Landwirte zu suchen, und da wird es ihm schlecht gehen. Es wird ihm so gehen, wie den Nationalliberalen, mit denen wir in der Pfalz gründlich ausgeräumt haben. Die Socialdemokraten sollten der Landwirtschaft endlich einmal das Rezept verraten, wie sie bei hohen Löhnen und niedrigen Preisen für ihre Produkte prosperieren kann. Herr Schippel hat haarig nachgewiesen, daß die Preise für Nahrungsmittel 1900 um 30 Proz. niedriger waren als in den Jahren von 1867-1870, wo es keine Rölle auf Nahrungsmittel gab. In der Landwirtschaft sind acht Millionen Arbeiter beschäftigt; der Arbeiter erhält jetzt mindestens 150 M. jährlich mehr, das bedeutet eine Mehrbelastung von 1200 Millionen Mark für die Landwirtschaft. Wie soll sie da bestehen, wenn die Rölle nicht erhöht werden? Sie (zu den Socialdemokraten) wollen die Bauern proletarisieren und in die Verzweiflung stürzen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Die Anträge Wangenheim sind zurückgezogen, weil nach Ablehnung der Zollserhöhungen für das Brotgetreide keine Aussicht auf ihre Annahme bestand und man die Zeit des Hauses nicht unnützlich in Anspruch nehmen wollte. Gleichmäßig und lädenlos müssen die landwirtschaftlichen Rölle sein. Wir werden jetzt für die Anträge Dr. Heim stimmen. Die Handelsverträge haben uns mit den wichtigsten Staaten eine raffine Handelsbilanz gebracht. Weshalb dann die Sorge um Handelsverträge? Eine gut gestellte Landwirtschaft ist doch wichtiger als der Handel nach dem Ausland. (Lachen links.) Wenn Sie (nach links) den Freihandel durchzuführen, so gebe ich Ihnen die Versicherung, daß nach drei Jahren keine von Ihnen mehr hier sitzen wird. Unablässig des Gelächers links.) Wie denken sich die Socialdemokraten eigentlich ihren Zukunftsplan? Schon in der Bibel heißt es: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. (Große Heiterkeit.) Wie wollen Sie die Hederischen, Faulen und Dummen aus der Welt schaffen, um bei allen Reichen gleiches Rollen und gleiches Vorkommen zu erzeugen? Ihre Macht (zu den Socialdemokraten) mag noch so groß werden, die Verschleidenheit der Menschen werden Sie nicht ändern. (Heiterkeit links.) Die Landwirte verstehen es nicht, wie die Regierung ihnen den notwendigen Schutz voranzutreiben kann. (Lachen links.) Das gilt besonders von der Gerste. Ich habe es hier in der Tasche. (Große Heiterkeit links.) - Redner zieht einen Brief aus der Tasche und liest daraus vor. „Ich verziehe von hoher Politik nichts; mir ist es aber unbegreiflich, wie die Regierung nach allen in den letzten Jahren gegebenen Versprechungen für die Landwirtschaft einen solchen Tarif vorlegen kann. Die Rede des Herrn Reichslandtags war ja auch nur eine Entschuldigung von Anfang bis zu Ende. Das ist die Ansicht eines Bauern über die Rede des Reichslandtags! Es heißt dann weiter: „Der Glaube an die Härte und Gerechtigkeit der Regierung ist jetzt dahin.“ Genügt Ihnen (nach links) das nicht? (Gelächter links.) Wollen Sie noch mehr hören? (Erneutes Gelächter links.)

Der Preis der Gerste ist ständig gesunken: von 12 auf 9 und jetzt auf 7,50 M. Die Bauern wissen die armen Bauern so zu bedrücken, daß der Gerstpreis noch weiter zurückgeht. So wird gemacht. In der Eingangstür einer Brauerei in meiner Nähe sind die Worte angeschlagen: „Gerste wird nicht gekauft!“ (Hört! hört! rechts.) Nichts hat sich so gezeigt wie hier, was es heißt: freies Spiel der Kräfte, der Große erdrückt den Kleinen. Ich hoffe, daß die Regierung doch noch nicht ihr letztes Wort über den Gerstenzoll gesprochen hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Schinger (C.) spricht sich im Interesse der bayerischen Gerstenbauern für den Antrag Heim aus.

Abg. Stolle (Soc., auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Der Gerstenzoll ist kein Schutzoll, sondern ein reiner Finanzzoll, es ist zweifellos, daß er der Landwirtschaft keinen Nutzen bringt. Warum verschleiert die Regierung ihre wahren Ziele? Warum sind uns die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses noch immer nicht bekannt gegeben? Man sagt, die Veröffentlichung der Verhandlungen könnte einzelnen Gewerben Schaden. Das ist aber absolut nicht richtig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Fürst Bismarck hat seiner Zeit offen erklärt, sein Ideal wären wenige Finanzzölle, einen Schutzoll wollte er nicht. Fürst Bismarck hätte auch nicht davor zurück, die Armen auf Kosten der Reichen zu belasten, er war der größte Feind der Arbeiter, indem er erklärte direkte Steuern durch indirekte erlegen zu wollen, aber er war wenigstens offen! Heute aber ist eine Verschleierrungs-politik an der Tagesordnung bei der Regierung und bei den Parteien. Ich erinnere nur davon, daß Herr Heim festgesetzt hat, wie der Bund der Landwirte brauchen im Lande gegen die Weltmarktpolitik hegt, hier aber für die Flottenverlagen stimmt.

Die Einkünfte, die die Regierung über landwirtschaftliche Verhältnisse eingeholt hat, stammen zum allergrößten Teil aus den Kreisen der Großgrundbesitzer. In meiner Heimat Sachsen ist z. B. der Landesfiskusverrat befragt worden, dessen sämtliche Mitglieder Großgrundbesitzer sind. Von der zahlreichsten Klasse der landwirtschaftlichen Betriebe aber, der Klasse unter 2 Hektar ist nicht ein einziger Bauer befragt worden. (Hört! hört! links.) Trotzdem wird auf diese einseitigen Einkünfte der Gehelienwurf der Regierung aufgebaut, ohne daß man von den Veranungen des Wirtschaftlichen Ausschusses auch nur das geringste erfährt. Man mag eben nicht ehestig ein freies Wort zu sprechen. Wie kann man bei dieser Verdunkelungspolitik noch Vertrauen auf die Einkünfte haben, auf die die Regierung sich stützt. Nach der dem Kommissionsbericht beigegebenen Tabelle sind in der Gruppe 1 der landwirtschaftlichen Betriebe, d. h. bei den Betrieben unter 50 000 M. Gesamtvermögen auf 1 Hektar für Futtermittel ausgegeben worden: in Preußen im Durchschnitt 6,20 M., im Königreich Sachsen 3,90 M. Bei einer solchen Höhe der Ausgaben für Futtermittel muß eine Erhöhung des Gerstenzollens gerade die kleine Landwirtschaft im Königreich Sachsen aufs schwerste belasten. Wenn auch der Bundesrats-Vertreter des Königreichs Sachsen für diese Verteuerung der Futtermittel gestimmt hat, so hat er damit den Interessen der sächsischen Landwirtschaft direkt zuwider gehandelt. Gehören wir im Königreich Sachsen nicht etwa zum Deutschen Reich? Müßen immer nur die Interessen der eßelischen Großgrundbesitzer vertreten werden?

Reiden die kleinen Bauern nicht noch weit schwerer im Kampfe ums Dasein? Das ist keine Gerechtigkeits! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wie findet sich der Bund der Landwirte mit der Erhöhung des Gerstenzolls ab? Bei der Einführung der Schutzzölle 1879 und bei den Zollserhöhungen 1884 erstrebten die Agrarier in erster Linie einen Schutzoll für Brotgetreide, für Hafer und Gerste aber niedrigere Rölle. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die deutsche Landwirtschaft ohne weiteres ihre Produktion so steigern kann, daß sie ihre Futtermittel selbst erzeugt. Wenn es aber der Fall ist, wozu brauchen Sie dann höhere Schutzzölle und warum klagen Sie dann über einen Poststand. Wie steht es aber mit den Bauern, die das Areal nicht besitzen, um ihre Futtermittel selbst zu produzieren. Diese werden ohne Zweifel geschädigt, wenn sie höhere Preise für Gerste und Hafer zahlen müssen. (Sehr wahr! d. d. Socialdemokraten.) Selbst der Bund der Landwirte gibt zu, daß es eine große Reihe Betriebe giebt, die ihre Intensität bis an die äußerste Grenze getrieben haben und doch noch Futtermittel zukaufen müssen. Diese Bauern werden Ihnen bei den nächsten Wahlen die Antwort auf Ihre angeblich „nationale“ Wirtschaftspolitik nicht schuldig bleiben. Das Centrum will nun seine Zollpolitik noch oisen für etwas verdrängen mit seinem Antrag auf Verwendung des Ertrags der Rölle für eine allgemeine Witwen- und Waisensicherung. Da war doch ein früherer Führer dieser Partei vorküftiger. Der Abg. Dr. Windthorst sagte im Jahre 1879: „Wenn die verblüdeten Regierungen die kategorische Versicherung geben können, daß das Mehr, was von den hier verlangten Steuern herauskommen sollte, unter keinen Umständen für den Militärzweck verwendet werden soll, dann würde ich rüchlich des Reichstages vielleicht berichtigt sein. Auf dem Dönhofsplatz aber, fürchte ich, wird das Geld schließlich doch nicht die Verwendung finden, die wir wünschen. So vorküftig war Herr Windthorst, aber wo ist diese Vorsicht jetzt im Centrum geblieben. Die Nachfolger Windthorsts sind in voller Vertrauensseligkeit in den Militarismus und Militarismus hineingefeuert. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Haben die Herren vom Centrum denn die Gewißheit, daß wenn der Zolltarif angenommen wird, die 200 Millionen Mehreinnahmen nicht wieder für neue Panzerschiffe und Kanonen ausgegeben werden? Diese Gewißheit haben wir nicht und deshalb machen wir eine solche Politik nicht mit.

Nun wird immer gesagt, die Löhne der ländlichen Arbeiter seien gestiegen, noch Herr Lude meinte, Millionen habe die deutsche Landwirtschaft für Löhne an ihre Arbeiter ausgegeben. Gewiß sind die Löhne gestiegen, aber andererseits ist auch die Preisiertheit der Landwirtschaft bedeutend in die Höhe gegangen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Es wäre ja auch wunderbar, wenn dies nicht der Fall wäre bei all den Anwendungen des Reiches und der Einzelstaaten für die Landwirtschaft durch Errichtung landwirtschaftlicher Versuchsanstalten, Schulen, Verbesserung der Wege usw. usw. (Sehr richtig! bei den Soc.) Es wäre ein Armutszeugnis für die deutsche Landwirtschaft, wenn sie nicht zugeben wollte, daß sie in den letzten 30 Jahren etwas gelernt habe und etwas vorwärts gekommen sei. (Sehr wahr! bei den Soc.) Wenn man das aber zum Ruhme der deutschen Landwirtschaft zugeben muß, dann muß man auch zugeben, daß sie mehr Entnahmen gehabt hat und infolge dessen kein Opfer brachte, wenn sie ihren Arbeitern höhere Löhne zahlte. (Sehr richtig! bei den Soc.) Ein Mitglied der Rechten bezeichnete es vor einigen Tagen als ein nationales Unglück, wenn der Zolltarif nicht zu stande käme. Ich sage: im Gegenteil, wenn dieser Zolltarif verabschiedet werden sollte, so wäre das sowohl für die kleinen und mittleren Bauern als auch für den gesamten Arbeiterstand ein Unglück, das sie ihrer ganzen Existenzbedingungen berauben müßte. Darum fort mit diesem Zolltarif, wir werden alles thun, um ihn bis aufs Äußerste zu bekämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (C.):

Es läßt sich kein Grund dafür anführen, daß die Gerste, wie es in der Regierungsvorlage gefordert ist, mit einem so wesentlichen niedrigen Zoll als die übrigen Getreide-Arten belegt wird. Bei den jetzigen Verhältnissen ist Gerste vielfach unerlässlich, sie muß von den Bauern aufgeschwehrt werden. Bei unsren Bestrebungen auf Erhöhung des Gerstenzollens müßte und eigentlich die Socialdemokratie unterstützen; Gerste ist ja kein Roggenweizen, das ist doch kein „Brotwasser“. Sie sind ja Anti-Alkoholisten, wie Sie immer sagen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Wenn haben wir es zu verdanken, daß die Gerste nur mit 3 M. Minimalzoll im Tarif steht? Ich weiß, daß das, was ich sagen will, demontiert werden wird, trotzdem ist es wahr. Es war von Preußen der Vorschlag gemacht worden, die Gerste mit 4 Mark zu verzollen. (Mehrjaches Sehr richtig! im Centrum.) Ein bayerischer Minister war es, der für den 3 Mark-Zoll eintrat. (Hört, hört! und große Bewegung im Centrum und rechts.) Ich wünsche nur, daß unsre bayerischen Minister in Berlin so viel durchsetzen, wenn es sich um andre Dinge handelt. (Sehr gut! im Centrum.) Wenn sie nur am Werke gewesen wären und die Zeit nicht verschlafen hätten, als es sich um die Militärgerichtsbarkeit handelte. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Aber damals hatten sie die Zusehmöhe bis tief über die Nase gezogen. (Langanhaltende Heiterkeit und Beifall im Centrum.)

Wenn die Entwicklung des Brauereigewerbes in der Weise forschet, so werden die kleineren und mittleren Betriebe vollständig verschwinden und zwar um so rascher, je länger der jetzige Zustand anhält. Die Großbrauer klagen zwar, sie würden bei einer Verteuerung der Gerste einer schweren Zeit entgegengehen, aber schon jetzt bei den billigen Gerstenpreisen verkaufen sie das Bier um 7 bis 8 Pfennig pro Liter teurer als die mittleren und kleineren Brauereien. Herr Müsse sollte uns doch einmal eine Vorlesung halten über die rüchlichlose Konkurrenz, die Großbrauer den Kleinbrauereien machen. Er sollte einmal sprechen über das Wirte-Kaufhaus, das Hypothekengebäude an 6. und 7. Stelle und über die verlorenen Hypotheken, die die Großbrauer jedes Jahr in ihre Bücher schreiben müssen; und jetzt soll nun der Bauerstand leiden, damit die Großbrauer ihre unrentieren Geschäfte machen können. (Große Lurche links.) Wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, wird es auch auf dem Brauereigebiet bald zu Syndikaten und Kartellen kommen. Wenn dann erst die Dividendenjäger dazu kommen, dann werden wir sehen, wo die Vertreter des flüchtigen Protes sitzen. (Sehr gut! im Centrum.) Bei den Bauern ist eine Kartellierung wegen der Vielheit der Köpfe ausgeschlossen. Das ist der gewaltige Unterschied, der beachtet werden muß bei der Zollbestimmung für landwirtschaftliche und industrielle Produkte.

Dr. Müller-Meinungen meinte, ich hätte etwas gegen den Bund der Landwirte vom Leder gezogen. Nun, man muß hin und wieder auch einmal jemand, der einen laust ganz angenehm ist, bei den Ohren nehmen. (Große Heiterkeit.) Aber die Herren von der Linken wollen uns aufeinander hegen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das hat mich erst recht auf den Gedanken gebracht, ob wir nicht zusammen eine Macht bilden könnten, gegenüber der die Linke machtlos wäre. Sie (nach links) stehen ja so sehr auf vorzulehnen Füßen, daß Sie umfallen, wenn man nur bläst. (Große Heiterkeit und Beifall rechts und im Centrum.)

Dr. Müller-Meinungen erwähnte gestern ein Schreiben eines bayerischen Gemeindevorsethers, wonach die Gerstebauer doch nicht in so schlechter Lage sein könnten, weil sie doch fortwährend Tanzvergnügen abhielten. Die Sache liegt etwas anders. Die Bauern selbst haben sich über das fortwährende Tanzen beklagt; nicht sie, sondern die Anechte und Mägde waren es, deren Tanzlust so groß war. Wenn in der Sonntagsgangabe des „Vorwärts“ etwa 500 Vergnügungs-Annoncen stehen und gleichzeitig Veranungen für Arbeitslose angeündigt werden, so bin ich viel zu gerecht, um das in einen Topf zu werfen, aber man sollte auch den Bauern ihre Tanzvergüngen gönnen. (Lebh. Zustimmung im Centrum und rechts.) Ein oberbayerischer

Dichter sagt so schön: „Amal muß man a jub schrein im Jahr.“ (Große Heiterkeit.) Die „Deutsche Tageszeitung“ meinte, Herr Müller-Meinungen habe gestern eine Bierrede gehalten. Ich muß ihn dagegen in Schutz nehmen. Ich will ja dieses im Irdischen Tenor servierte Jungentrugout nicht weiter zerpfänden (Große Heiterkeit), aber wenn das Bier so wässerig wäre wie die Rede des Dr. Müller-Meinungen, dann wäre die ganze Gerstenfrage gelöst. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit und Beifall im Centrum.)

Abg. Schwarz-München (lib.) erklärt sich im Interesse der Konsumenten, die doch schließlich die Beche bezahlen müßten, gegen den erhöhten Gerstenzoll.

Bayerischer Ministerialdirektor v. Geiger:

Dr. Heim hat behauptet, daß der bayerische Finanzminister v. Nudel einen Vorschlag von 3 M. für Gerste hier durchgesetzt habe. Ich habe diese Aeußerung als eine unrichtige zu bezeichnen. Dr. Heim hat dann einige Bemerkungen über das Verhalten der bayerischen Minister im Bundesrat im allgemeinen gemacht. Ich muß gegen diese Aeußerungen Verwahrung einlegen. (Gelächter im Centrum.) Dr. Heim hat ja selbst zugegeben, daß er keine genaue Kenntnis von diesen Vorgängen besitzt. (Wiederholtes Gelächter im Centrum.)

Vizepräsident Graf v. Stolberg: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte von den Abgg. Reittich (L.), v. Tiedemann (Sp.) und Dr. Spahn (C.) eingegangen. (Große Lurche links.) Ich werde über diesen Antrag abstimmen lassen. — (Widerspruch.) Der Antrag bedarf zunächst der Unterstüfung.

Der Antrag wird genügend unterstüft; es erheben sich für ihn die beiden konservativen Parteien, das Centrum und die Nationalliberalen.

Abg. Singer (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung über diesen Schlußantrag. (Große Lurche rechts und im Centrum.)

Vizepräsident Graf v. Stolberg: Dieser Antrag bedarf der Unterstüfung.

Für den Antrag erheben sich die Socialdemokraten und die beiden freisinnigen Parteien; der Antrag ist also genügend unterstüft.

Sleepräsident Graf Stolberg: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Abg. Reittich (zur Geschäftsordnung): Ich ziehe meinen Antrag zurück. (Große Lurche und Gelächter links.)

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich glaube, daß nach unsrer Geschäftsordnung eine Zurückziehung des Antrages nicht mehr angängig ist, nachdem wir uns bereits in der Abstimmung befinden.

Vizepräsident Graf Stolberg ersucht darauf die Schriftführer den Namensanruf vorzunehmen.

Das Resultat der Abstimmung verliedet

Präsident Graf v. Helldorn: Es haben gestimmt 315 Abgeordnete; mit Ja 209, mit Nein 104. Der Abstimmung enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Der Schlußantrag ist also angenommen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp., zur Geschäftsordnung): Ich habe eine Interesse daran, festzustellen, daß ich durch den Schluß der Debatte verhindert worden bin, noch einmal das Wort zu ergreifen. (Lachen rechts.)

Abg. Vargmann (fr. Sp.): Ich habe lediglich zu konstatieren, daß mir durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist und ich dadurch verhindert bin, diejenigen Bedenken geltend zu machen, welche sich vom Standpunkt der mittleren und kleinen odenburgischen Landwirte gegen die Erhöhung des Zolls auf Futtergetreide ergeben. (Hört! hört! links, Lurche rechts.)

Das Haus geht nunmehr zu den Abstimmungen über.

Zunächst wird abgestimmt über den Minimalzoll für Gerste und zwar an erster Stelle über den Antrag Dr. Heim (C.), diesen Satz auf 6 M. zu normieren. Die Abstimmung ist auf Antrag Dr. Barth (fr. Sp.) und Genossen eine namentliche.

An der Abstimmung beteiligten sich 327 Mitglieder; davon stimmten mit Ja 83, mit Nein 242 Abgeordnete, der Abstimmung enthalten sich 2. Der Antrag Dr. Heim ist somit abgelehnt. Die Minderheit wird gebildet von einem Teil der Konservativen, den Landeshütern, einem Teil der Antisemiten, dem süddeutschen Centrum und den Nationalliberalen Lichtenberger, von Kaufmann-Gelmstedt, Dr. Deinhard und Graf Drölsa.

Es folgt darauf die Abstimmung über den Kommissionsantrag, der den Minimalzoll für Gerste auf 5,50 Mark festsetzen will. Auch diese Abstimmung ist auf Antrag Singer eine namentliche. Es beteiligten sich an ihr 322 Abgeordnete; davon stimmten mit Ja 183, mit Nein 133 Abgeordnete, 6 enthalten sich der Abstimmung. Der Antrag ist somit angenommen.

Für den Kommissionsantrag stimmen die beiden konservativen Fraktionen, die Antisemiten, das Centrum, die Polen und die Nationalliberalen Giese, Lichtenberger, von Kaufmann-Gelmstedt, Dr. Deinhard und Graf Drölsa.

Mit der Annahme des Kommissionsantrages ist die Abstimmung über den Satz der Regierungsvorlage (3 M.) überflüssig geworden. Es folgt die Abstimmung über den Zollsatz des Generaltarifs für Gerste. Der Kommissionsvorschlag, diesen Satz auf 7 M. zu normieren, wird mit den Stimmen der gesamten Rechten, des Centrums und eines Teiles der Nationalliberalen (u. a. Dr. Gasse) angenommen.

Damit erledigen sich der Regierungsvorschlag (4 M.) und der Antrag Albrecht (Soc.) (Zollfreiheit).

Es folgt die Abstimmung über die Haferzölle. Abgeordneter Dr. Heim (C.) hat seinen Antrag, den Minimalzoll für Hafer auf 8 M. zu normieren, in Konsequenz der Ablehnung seines analogen Antrages für heute zurückgezogen. (Bravo!)

Darauf stimmt das Haus ab über den Kommissionsantrag, für Hafer einen Minimalzoll von 5,50 Mark einzusetzen. Diese Abstimmung ist auf Antrag Singer eine namentliche. Es nehmen an ihr teil 321 Abgeordnete; mit Ja stimmten 180, mit Nein 139 Abgeordnete; der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Der Kommissionsantrag ist also angenommen.

Darauf wird der Satz des Generaltarifs für Hafer gemäß dem Kommissionsbeschlusse auf 7 M. festgelegt. Damit erledigt sich wiederum der Regierungsvorschlag (8 M.), sowie der Antrag Albrecht (Soc.) auf Zollfreiheit.

Darauf verläßt das Haus die Weiterberatung des Zolltarif-Gesetzes auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

„Frankfurter Zeitung“ - Oekonomie.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist mit unserm Leitartikel „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise“ (in Nr. 241) unzufrieden; vielleicht weil sie instinktiv empfindet, daß das dort erwähnte Verhältnis zwischen der Brentano-Loyschen freihändlerischen Richtung und der Börse auf sie selbst in erster Reihe zutrifft. Deshalb sucht sie uns auf folgende Art nationalökonomisch zu brüllen:

„Franz Eulenburg hat in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ eine Studie über die gegenwärtige Wirtschaftskrise veröffentlicht. Sie enthält sehr viel Material und im übrigen einen Grundton, den man bei nationalökonomischen Erörterungen häufig findet und so zu verstehen hat, daß man gerade auf „Ihm“ warten müßte, um mit Licht erfüllt zu werden. Das gefällt dem „Vorwärts“. Die Socialdemokratie hat ihre eigne Nationalökonomie und sieht

auf die „bürgerliche“ mit Geringschätzung herab. Wenn man ein Bürgerlicher kommt und solche Geringschätzung wenigstens auf einem Gebiete zu teilen scheint, giebt es willkommener Anlaß, von der „Minderwertigkeit“ ethischer „Schulen“, wie der Brentanos, zu sprechen. Auf Genauigkeit reflektieren die sozialistischen Uebergelehrten dann freilich nicht. So ist es nicht die „Brentanosche Schule“, die sagte, es gäbe zur Zeit keine Krise, sondern nur eine Depression; es war Diegel, der diese These aufstellte, die übrigens nur einen Unterschied des Grades behauptet.

Soweit sich diese Auslassung gegen Eulenburg richtet, geht sie uns nichts an. Er mag, wenn er es der Mühe wert hält, die weisen Rationalökonomien des finanzdemokratischen Organs selbst abfertigen. Uns interessiert nur, daß die „Frankfurter Zeitung“ bestreitet, die „Brentanosche Schule“ — in unserem Artikel steht „die freihändlerische Brentanosche Schule“ — leugne das Vorhandensein einer Krise und erkenne nur das Vorzeichen einer Depression oder Geschäftserlöschung an. Zunächst gehört Professor Diegel-Vom-Wenn auch nicht zur „historischen“, so doch in gewissem Sinne zur „freihändlerischen“ Schule Brentanos, da er im wesentlichen, was Handelspolitik und Krisenlehre anbetrifft, Brentanos Auffassungen acceptiert. Zudem aber steht keineswegs, wie die „Frankf. Ztg.“ glauben machen will, Diegel mit jener Ansicht allein. Abgesehen von einigen kleineren Größen, verweisen wir in dieser Hinsicht auf Herrn Walther Vog, dem Titimus Brentanos, der erst kürzlich, am 19. September, auf dem Bankierstag in Frankfurt bestritt, daß von einer Krise im eigentlichen Sinne die Rede sein könne.

Doch das ist im ganzen nebensächlich; weit wichtiger ist, daß nach dem lapidären Spatz, der „Vorwärts“ hätte Brentano mit Bastiat verwechselt, die „Frankf. Ztg.“ sich zu folgender Rechtfertigung der Brentanoschen Richtung versteigt:

„Es ist ihr (der Brentanoschen Schule) auch nie eingefallen, zu bezweifeln, daß die Krisen ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung seien. Vielmehr ist das so selbstverständlich, daß man es gar nicht mehr betont, auch ist man so gutmütig, der sozialdemokratischen Rationalökonomie keine Konkurrenz zu machen, denn was bliebe ihr noch übrig zu betonen, wenn sie das nicht mehr hätte? Und was hat nun Herr Eulenburg herausgefunden? Es ist ihm in der That gelungen, auf einem Umweg von achtzig Seiten das zu entdecken, was ihm jeder intelligente Kaufmann hätte sagen können, daß nämlich die Krise nicht auf einer Ueberproduktion schiedlich, sondern auf einer Ueberproduktion von Produktionsmitteln (Maschinen, Werkzeugen, Fabrikgebäuden etc.) beruht. Wir haben in der Zeit der gegenwärtigen Krise wiederholt Männer der Praxis befragt und regelmäßig die Antwort erhalten, die Lage sei nicht deshalb fatal, weil zu viel Verbrauchsgüter produziert worden sind — die würden bald abgestoßen sein —, sondern deshalb, weil die Investitionen, die „Produktionsmittel“ einen Umfang erreicht haben, der nun in einem schlechten Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf steht. Das ist auch so einleuchtend, daß man es a priori konstruieren könnte!“

Die Frankfurterin hat in ihrer Gerechtigkeit noch immer nicht begriffen, warum es sich handelt. Nicht darum, daß Herr Eulenburg von Ueberproduktion und einem Mißverhältnis zwischen der Produktion von gewöhnlichen Gebrauchsgütern und Produktionsmitteln spricht, sondern daß er dieses Mißverhältnis als ein „zeitliches“ nachweist, das notwendigerweise immer wieder aus den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise hervorgeht, daß er demnach die jetzige Krise, ebenso wie die früheren, „durchaus aus den immanenten Ursachen unserer Wirtschaft“ erklärt wissen will und die letzte dieser Ursachen in dem Zurückbleiben des Lohn- und Arbeitseinkommens hinter der Steigerung der Produktivität und der Kapitalanhäufung findet, d. h. also in der Unterfunktion dieser Schichten. Woraus sich als weitere Konsequenz ergibt, daß erstens nicht die Verschönerungen des Außenhandels, das Börsengeschäft, der Transvaalkrieg, die neuere handelspolitische Richtung der Regierung e tutti quanti die Ursache der Krise sind, wie in der Presse einer gewissen Sorte, zu der auch die Frankfurterin zählt, immer wieder verkündet wird, und daß zweitens die Kartelle die Krisen nicht zu verhindern vermögen, da sie nichts am Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ändern.

Das sind durchaus andre Anschauungen, wie sie die Schöpfung der „Frankfurter Zeitung“ vertreten. So meint z. B. Professor Diegel in einem Artikel (in der Zeitschrift „Der Großbetrieb“, Nr. 5): „Unter „Krise“ verstehe ich eine schwere Erschütterung der Volkswirtschaft, welche die Folge einer Misereitung der nationalen Produktionskräfte, Kapitalien und Arbeitskräfte in größerem Maße ist.“ Und nachdem er diese „Misereitung“, was die jetzige Krise betrifft, demerkt, erklärt er weiter: „Allerdings — ein in vielen Fällen beträchtliches Sinken der Dividenden und damit der Kurse der Aktien, ferner Arbeiterentlassungen, Lohnbaisse auf den verschiedensten Gebieten der nationalen Arbeit. Jene Thatsache genügt der Geschäftswelt, um von einer „Krise“ zu sprechen; diese giebt der Socialdemokratie den willkommenen Anlaß, wieder einmal das Neue Tadel an die Wand des modernen Gesellschaftsgebäudes zu malen, die „Krise“ als Beleg der heillosen Verderblichkeit der „Produktionsanarchie“ zu vertieren.“

Nichts von einem Begründetsein der „Krise“ in Charakter der heutigen Produktionsweise, allenfalls „Misereitung“ der Produktionskräfte — Produktionsanarchie aber ist Unfug! Wie ähnlich der Herr Vog, der in seiner Frankfurter Rede die Hauptursache der gegenwärtigen „Depression“ in der Unsicherheit der handelspolitischen Lage und dem Börsengeschäft erblickte.

Und schließlich Brentano selbst in höchst eigener Person? Auch er macht die Krise von den Handelsverträgen abhängig. Die „Unsicherheiten im Wirtschaftsleben“ sind, wie er S. 29 seiner Schrift „Ueber die Ursachen der heutigen sozialen Not“ (Leipzig 1880) versichert, „erste und letzte Ursache“ der Krise. Aber bereits erzeugt aus sich selbst die kapitalistische Wirtschaft das „Heilmittel“: die Kartelle!

„Während die Theoretiker der verschiedensten Richtungen sich so in untrutzbaren Projekten erschöpfen, hat sich im Leben aus den Bedürfnissen der Praktiker heraus eine Reorganisation herausgebildet, welche gleichfalls die Vereinfachung der Absatzbedingungen und ihrer Folgen zum Zweck hat: die Kartelle.“ (S. 23.)

Der heimischen Industrie wird ein Abfallmarkt gesichert, der für ihre ausgiebigen und hiesigen Beschäftigung zu lohnenden Preisen andrängt. Wie die Ueberproduktion so wird ihre Folge, die Absatzlösung, vermieden.“

Auch dem mit volkswirtschaftlichen Theorien Nichtvertrauten wird sofort klar, daß zwischen Eulenburgs Anschauungen und denen Diegel-Vom-Wenns ein tiefer Unterschied vorhanden ist. Wenn die „Frankf. Ztg.“ alles unterschiedslos in denselben Topf wirft, so erklärt sich das daraus, daß wie ihre Politik sich auch ihre „Volkswirtschaft“ nach den Bedürfnissen der Börse richtet. Nur was diesen entspricht und sich mit der Anschauungen der Hochfinanz deckt, hat Berechtigung; theoretische Untersuchungen, die darüber hinausgehen, sind nichts als graue Theorie und Spinnweberei.

Um so kürzlicher ist es, daß das Frankfurter Finanzblatt der Socialdemokratie vorwirft, sie schäfe die „bürgerliche“ Rationalökonomie gering. Das trifft nur zu, wenn man unter dieser Rationalökonomie die der Schöpfung der „Frankf. Ztg.“ versteht. Vor der englischen klassischen Rationalökonomie hat die Socialdemokratie stets die größte Hochachtung gezeigt; allerdings vor gewissen Fabern, den Bedürfnissen des Großkapitals entsprechend präparierten heutigen Mischungserzeugnissen hat sie recht wenig Achtung, und noch weniger vor den aus diesen hergestellten wässrigeren Lösungen der „mittleren Linie“, welche die „Frankf. Ztg.“ feilbietet.

Partei-Nachrichten.

Der Regierungspräsident als Propagandist.

Von dem „Ostpreussischen Volksfreund“, dem amtlich betriebenen Blatte zur Bekämpfung der Socialdemokratie in Ostpreußen, hat man längere Zeit nichts gehört. Jetzt wird es wieder in erfreuliche Erinnerung gebracht durch folgende „vertrauliche“ Verfügung des Königsberger Regierungspräsidenten an die Landräthe.

„Der vom 14. vorigen Monats dorthin mitgeteilte Bericht über den diesjährigen socialdemokratischen Parteitag für Ostpreußen, läßt von neuem erkennen, welche erhebliche Gegenwirkung der „Ostpreussische Volksfreund“ gegenüber der socialdemokratischen Agitation auf dem Lande ausübt. Die Angabe des Dischlers Linde (Seite 9 des Berichts), daß der „Volksfreund“ in letzter Zeit seine Stellung gegenüber der Socialdemokratie geändert habe, ist durch nichts begründet. Die Redaktion des „Volksfreundes“ wird in demselben Sinne wie früher geführt und die Zeitung wirkt noch immer in der vom Heizer Gerundt (Seite 11 dieses Berichts) geschilderten segensreichen Weise. Ich lege es daher den Herrn Landräthen als eine besondere Pflicht dringend ans Herz, darauf zu achten, daß die weitestest Verbreitung des Blattes Bedacht zu nehmen und dieser Aufgabe mit allem Nachdruck, wenn auch in vorsichtiger und unanständiger Form, Ihr volles Interesse zuzuwenden.“

Ja, man sollte nicht daran, daß sich die Gesamtausgabe des „Volksfreundes“ bei sachgemäher Unterstützung der Behörden noch erheblich steigern lassen wird.“

Unsere ostpreussischen Parteigenossen sind mit dieser Art Bekämpfung der Socialdemokratie, die bei aller Geistlosigkeit des Inhalts des Blattes doch immerhin wenigstens äußerlich als eine geistige bezeichnet werden kann, ganz zufrieden. Die Leser des „Volksfreundes“ werden dauernd auf die Socialdemokratie aufmerksam gemacht und es entsteht allmählich das Verlangen, die Socialdemokratie in ihren eigenen Schriften kennen zu lernen. Das ist der Verbreitung unserer Litteratur, die sich die dortigen Genossen recht eifrig angelegen sein lassen, sehr förderlich und wenn die Leute erst unsere Schriften lesen, dann wissen sie bald, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden.

Schließlich ist dieser amtliche Eifer in der Bekämpfung der Socialdemokratie ein gutes Zeichen unserer Fortschritte in Ostpreußen.

Reichstags-Kandidaturen. Der westpreussische Parteitag stellte für die Reichstagswahl folgende Kandidaten auf: Eising-Marienburg: König; Eising; Stahm-Marienwerder, Rosenberg-Voban, Graudenz-Strasburg und Schweg; Schmiedemeyer Wilh. Janz; Rastowen; Thorn-Stulm; Zimmerer Stenkowski; Berlin; Honig-Tuchel, Schlochau-Platow und Dr. Krone; Schlichtholz-Platow.

Für Ansbach-Schwabach wurde Michael Hierl aus Schwabach aufgestellt.

Sociales.

Wirfungen der Krise.

Im vergangenen Jahre ist auch der Verkehr in den Herbergen zur Heimat ein ganz außerordentlich großer gewesen. 2 690 632 Reisende haben im Laufe des Jahres diese Herbergen aufgesucht und zwar für 3 590 254 Nächte. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von rund 25 Proz., während das Jahr 1900 eine Zunahme von nur rund 6 Proz. aufwies. Sogar das Organ des Deutschen Herbergvereins muß diese auffallende Erscheinung als Folge des „andauernden wirtschaftlichen Niederganges“ anerkennen. Bezeichnend ist ferner, daß am meisten die Zahl der mittel- und losen Reisenden zugenommen hat. Die Zahl der Fälle, in denen mittellose Reisende in den Herbergen zur Heimat eine Unterkunft gefunden haben, ist um 37,5 Proz. gestiegen, die Zahl der Fälle dagegen, in denen selbstzahlende Reisende dort übernachtet haben, hat eine Steigerung von nur 12,92 Proz. erfahren, also nur 1/7 des vorigen Sahes. Nicht weniger als 759 077 mittellose Personen haben in dem einen einzigen Jahre ein Nachtlager in den Herbergen zur Heimat erbeten müssen. Welch eine Fülle von Jammer und Schmach!

Mit diesen Herbergen sind Arbeitsnachweise verbunden, die aber in dem letzten Jahre weniger als je die arbeitsuchenden Arbeiter unterbringen konnten. Sie haben in Arbeit gebracht 108 503 Personen, 17 284 weniger als im Vorjahre, obgleich der Andrang der arbeitslosen Arbeiter viel größer war. Dies ist das ungünstigste Resultat seit vielen Jahren. — Und in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sind die Verhältnisse auch nicht besser geworden.

Eine kommunale Statistik über den Alkoholisimus.

Den Dresdener Stadtverordneten ist eine vom früheren ersten Assistenten des Dresdener Stadt-Irrenhauses Dr. Alberg bearbeitete Statistik zugegangen, die für den Zeitraum 1890—1900 die in der Anstalt behandelten Fälle von Alkoholisimus untersucht. Einige Zahlen haben allgemeines Interesse. Die Statistik ergibt, (liche) wegen Alkohol-Geisteskrankheit ins Stadt-Irrenhaus aufgenommen wurden. Die Gesamtzahl aller in den 11 Jahren aufgenommenen männlichen geisteskranken Trinker beläuft sich auf 1734; im Mittel 157,6 jährlich. Von diesen wurden alljährlich 58 Deliranten geheilt und 51 Patienten mit chronischer Alkoholerrüftung ungeheilt entlassen. Hätte man die letzteren für einige Zeit einer Trinkerheilanstalt — die bis jetzt nicht bestand — anvertrauen können, so wären, so heißt es in dem Bericht, unzählige Ueber-tretungen, viele Vergehen und Verbrechen verhindert worden. Die aus den Aufzeichnungen von 10 Jahren berechnete Erblieh-leits-Statistik des Stadt-Irrenhauses zu Dresden ergibt, daß bei über 53 Proz. irgend welcher Geistesstörung, die zur Aufnahme in diese Anstalt geführt hat, die Ursache der Vorfahren für die Entwicklung der betreffenden Geisteskrankheit von größter Bedeutung war. Von 100 Männern, die im Stadt-Irrenhaus wegen Geistesstörung Aufnahme fanden, verdankten 33 ihre Erkrankung dem Alkoholisimus. Selbstverständlich, erklärt Dr. Alberg, giebt es in Dresden noch viel mehr geisteskrane Trinker als diejenigen, die ins Stadt-Irrenhaus kommen. Auch die zahlreichen andren Krankenhäuser nehmen akute Alkoholtränke auf. Unzählige turg dauernde oder minder auffallende Alkoholkranke werden im Polizei- oder Gerichtsgewahrsam abgemacht. Ueber die Behandlung der Alkoholiker heißt es: Gute Lehren nützen da nur wenig. Konsequente Durchführung der Abstinenz ist das einzige Heilmittel in diesen Fällen. Den Genuß kleiner Mengen alkoholischer Getränke hält das Gutachten für unschädlich und erlaubt, wenn es sich um in der Hauptsache — gesunde und normale Menschen handelt.

Erhebungen über die Förderung des Kleingewerbes hat der preussische Handelsminister angeordnet. Die kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereine werden aufgefordert, sich gutachtlich darüber zu äußern, was bisher vom Staate, den Innungsverbänden, Genossenschaftlichen, genossenschaftlichen Revisionsverbänden, Gewerbevereinen und ähnlichen Organisationen zur Förderung des Kleingewerbes geschehen ist.

Im einzelnen wird in dem Erlasse des Ministers gewünscht, nach folgenden Richtungen Ermittlungen anzustellen: Veranstaltung von Ausstellungen Kleingewerblicher Motoren, Maschinen und Werkzeuge, Unterweisung in deren Gebrauch, Vorführung bewährter Arbeitsmethoden und technischer Fortschritte des Kleingewerbes, Förderung der Lehrlingsausbildung, Ausbildung von Handwerksmeistern zu praktischen Lehrern für Fortbildungs- und Fachschulen, Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens, Errichtung einer Centralstelle beim Ministerium für Handel und Gewerbe sowie von Zweigstellen in den Provinzen für die Zwecke der Gewerbeberück-sichtigung, Bildung eines Sachverständigen-Rates bei diesen Stellen und regelmäßige Berichterstattung über die Ergebnisse der staatlichen Gewerbeberück-sichtigung.

Zur Massenerkrankung der Schauerleute auf der „Patricia“ entnehmen wir dem „Hamburger Echo“ die Mitteilung, daß die Polizeibehörde die Akten in der Sache zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens der Staatsanwaltschaft übergeben hat. — Im Eppendorfer Krankenhaus befinden sich noch elf der erkrankten Schauerleute, die aber wohl in den nächsten Tagen entlassen werden dürften.

Der Verband englischer Kaufleute, der sich nach Beendigung des Transvaal-Krieges in Johannesburg gebildet, hat seinen Führer Ratcliffe nach England entsandt, um von Chamberlain die Einführung von Arbeiterurlaub-Gesetzen für Transvaal, insbesondere für die Goldminen zu fordern. Vor allem verlangen sie die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, die zur Zeit in Transvaal noch nicht besteht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

H. H. Mit einem Antrug gegen die Gesellschaft würden Sie nicht durchdringen. Ihre Forderung läßt sich mit Erfolg lediglich gegen den Geschäftsführer, dem Sie das Geld geboren haben, geltend machen. — **H. B.** 1. Eine gesetzliche Vorschrift, die eine Grenze ausstellt, fehlt leider. 2. Von einem nur mündlichen Lehrvertrag können Sie zurücktreten. — **H. H.** 3. Klagen Sie auf Zahlung der Waise und auf Schadenersatz. — **H. B.** 4. Dagegen giebt es kein Mittel. — **Unfall-Versicherer.** 1. und 2. **Ja.** — **Frau G.** Leider ist der Witte im Recht. — **H. B.** 2. Die Kündigung besetzt zu Recht. — **Erbeil.** Ohne Kenntnis des Bestandes der Beiträge und des Testaments sowie der Grundbesitzverhältnisse läßt Ihre Frage sich nicht beantworten. Es steht Ihnen frei, zur Klärung des Sachverhalts mit den Schriftstücken die juristische Sprechstunde zu besuchen. — **H. W. 1.** Der Abzug würde in Ihrem Fall als berechtigt vom Gericht anerkannt werden. — **H. C.** Dresden. Eine Berufung wäre zwecklos, weil nach Ihrem eigenen Vertrag ein Uebergang nicht stattgefunden hat. — **1. 10. 03.** 1. Sie. 2. Ja. 2. Nein. — **H. C. 88.** Der von Ihnen gedachte Vertrag würde ungültig sein. Ihr Bruder möchte klagen, pländen und eventuell verzeigern lassen. — **Richard 999.** Nein. — **H. 75.** 1a und b. Nein. 2. Ja. — **Hildorf 1.** Schmerlich. — **H. 50.** Die Frau kann mit Aussicht auf Erfolg klagen erheben. — **H. B.** Ein solches Erbsuchen wird vom Ausland nicht gestellt. Ein Versuch um Naturalisierung wäre zwecklos und für Sie nicht ungefährlich. — **H. B.** 1. und 2. Nein. — **H. Sch. 3a.** — **H. Sch. 16.** 1. Nein. 2. bis 4. durch 1 erledigt. 5. Ja.

Witterungsüberblick vom 23. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	769 B	2	Wolllig	8	4	Haparanda	771 ED	2	Bedeft	—9	
Hamburg	771 B	1	Rebel	4	4	Betersburg	765 ED	1	Bedeft	—3	
Berlin	770 BNB	1	Wolllig	5	4	Loth	774 BNB	1	Wolllig	18	
Frankf./M.	770 B	2	Wolllig	8	4	Aberdeen	773 BNB	3	Wolllig	7	
München	770 D	2	Regen	5	4	Paris	773 BNB	3	Wolllig	7	
Wien	770 SHH	1	Wolllig	6	4						

Wetter-Prognose für Freitag, den 24. Oktober 1902.

Zunächst kühl, meist neblig, hernach vorübergehend aufklarend und wärmer, bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter (Ordnliche Verwaltung Berlin B.) Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 13, Saal 3, Uebergebäude: 181/9

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kassee-Angelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung des Vorwärts

SW. Lindenstr. 69.

Zur Bereicherung ihres Wissens

empfehlen wir unsern Lesern: Populärwissenschaftl. Werke aus der Sammlung Götschen.

- Jeder Band geschmackvoll gebunden nur 80 Pfennige.
- Die Sammlung Götschen behandelt auf streng wissenschaftlicher Grundlage alle Gebiete der Wissenschaft und Technik.
- Aus der 155 Bände umfassenden Serie haben wir hervor:
 - 11. Astronomie von H. F. Möbius;
 - 13. Geologie v. Prof. Dr. G. H. Franz;
 - 18. Der menschliche Körper, sein Bau und seine Thätigkeiten v. G. Heilmann;
 - 20. Deutsche Grammatik von Prof. Dr. D. Voyn;
 - 29. Mineralogie von Dr. R. Brauns;
 - 31. Geschichte der deutschen Litteratur von Dr. H. Koch;
 - 42. Urgeschichte der Menschheit von Dr. W. H. Hoffmann;
 - 44. Die Pflanze, ihr Bau und ihr Leben, von Dr. E. Dammert;
 - 55. Das Fremdwort im Deutschen von Dr. Rudolf Kleinwort;
 - 64. Deutsches Wörterbuch von Dr. H. F. Möbius;
 - 103. Wechselkunde von Dr. G. H. Franz;
 - 107-111. Geschichte der Malerei von Dr. H. Koch;
 - 120. Deutsche Stammeskunde von Dr. H. Koch;
 - 133. Volkswirtschaftslehre von Dr. Karl Vogt, Koch;
 - 155. Das Fernsprechwesen von Dr. Ludwig Hellhab. 23/4

Honig! Unterjährl. Deutscher Wein, die 10 Pfund für 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franco. Garant. Rücknahme. Nordloh. Vahnhof. Auguststr. 69, Berlin.

Danksagung.

Allen Genossen und Genossinnen, dem Wahlverein des 2. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Verein der Zeitungsdirektoren und dem Gesangsverein für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes, sowie für die reichen Kranzspenden herzlichsten Dank. 29518 Frau Marie Kleinort nebst Kindern. Sogar allen denen, die meinem lieben Mann, den Vater August Hain, bei der Beerdigung die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank. Witwe Minna Hain nebst Kindern. 29518

Innungs-Krankenkasse

der Glaser-Zwangsinning zu Berlin.

Bekanntmachung!

Die von der Generalversammlung der Delegierten am 12. August 1902 beschlossene I. Abänderung des Statuts der Innungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangsinning, in welcher die §§ 5a, 17, 20, 22, 25, 28a, 43, 47, 49, 52, 53, 54, 58, 63, 66 in Frage kommen, ist dem Herrn Polizeibeauftragten gemäß §§ 85, 100b der Gemeinde-Ordnung in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juli 1897 genehmigt und treten mit dem heutigen Tage in Kraft. Berlin, den 23. Oktober 1902. 275/18 Der Vorstand. J. A. H. Caspar, Vorsitzender.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. Verwaltung Berlin O. (Moabit).

Sonntag, den 26. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in der Vahnhofstr. 26, Abtheilung Moabit, Turmstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasseebericht vom 3. Quartal. 2. Wichtige Kasseeangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Julius Fischer, Boeckstr. 7.

empfehle allen Freunden und Genossen sein Lokal „Vereinszimmer“ zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung“ mit Vorterrasse liegt aus. 53092

Dr. Simmel, Prinzen-

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Mente Freitag, den 21. Oktober:

Frische Blut- u. Leberwurst

in reinerster indischer Qualität.

Richard Augustin

Lindenstraße 69, Hof parterre, „Vorwärts-gaus“. Großes Vereinszimmer zu vergeben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 24. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Nigun.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Es lebe das Leben.
Berliner. Dienerrinnen.
Wesien. Der Bettelstudent.
Leitung. Kallmayer.
Neues. Ledige Leute.
Reidens. Seine Kammerzofe.
Thalia. Charles Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater).
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Doktor Klaus.
General. Boccaccio.
Carl Weich. Eine Paria.
Luft. Der Sonnenaufgang.
Callas. Ihre Familie.
Kleines. Der Goldbeutel.
Wesien. Der Goldbeutel.
Schauspielhaus. Lächler zu verheiraten. Der Hund. Bunter Teil. Tiny Senders.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trionon. Die Liebeschaukel. (La Bascule).
Apollo. Lyffistrata. Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vahage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Vahage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Berliner in Steglitz.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterum 8 Uhr).
Anfang 8 Uhr: Professor Dr. C. Müller: Die Geschmacksempfindungen.
Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.
Operette in 3 Akten v. Zell u. Genée.
Musik von Franz v. Suppé.
(Hämetta: Mia Werber.)
Sonnabend: Die Fledermaus.
(Adele: Mia Werber.) Sonntag-nachmittag: Der Bettelstudent.
Abends: Der Gigantenbaron. In Vorbereitung: Rabane Herr.
Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72-73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Zum **Charleys Tante.**
Schwanz in 3 Akten von Dr. Thomas Guido Thielscher als Charleys Tante.
Vorher: Cassis Pascha.
Ausstattungs-Darstellung mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag-nachmittag 3 Uhr: Preciosa.
Luisen-Theater.
Vor Sonnenaufgang.
Sociales Drama v. Gerh. Hauptmann.
Anf. 8 Uhr. Vorher: 10-2 Uhr, Kaffe, Anwalts- und Künstlerabend.
Morgen: Berlin, wie es weint und lacht. Sonntag 3 Uhr, zu kleinen Preisen: Berlin, wie es weint und lacht. Abends: Vor Sonnenaufgang.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Zum letztenmal:
Eine Paria.
Lebensbild in 5 Akten v. E. Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen 3. 1. Male: **Die Römer.**
Romanisches Schauspiel in 6 Akten von E. Ritterfeldt. Sonnabend-nachmittag 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntag-nachmittag 3 Uhr: Griffin Bassala.
Apollo-Theater.
Im 8 Uhr:
Die glänzenden Spezialitäten.
Zum 267. Male:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Hill.
Braunenstrasse 10.
Deborah.
Kutter 30 Pl. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Große Extra-Vorstellung: Das Räthchen von Heilbrunn.
Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas u. G. Josef Josephl.
Henry Bender. Flora Siding.
Hansi Reichsberg. Wini Grabitz.
Johanna Junker-Schatz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Müller: Die Geschmacksempfindungen.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr,
Mellins dunkles Geheimnis.
Neu! Lu Dalys Englische Boxerinnen und Ringerinnen zum erstmalig auf dem Kontinent.
Georgette Langée, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 168.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“ (Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Kleines Theater (Schall und Rauch) Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Kaueh.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Casino-Theater
Lötzingstr. 37.
Heute zum letztenmal (8 Uhr):
Ihre Familie.
Morgen, zum erstenmal:
Ein Sohn des Volkes.
Trionon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag-nachmittag 3 Uhr: Coralie & Co.
Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Zum 1. Male:
Der Goldonkel.
Voll in 7 Bildern von E. Vohl.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 26. Oktober: Sonntag-nachmittag-Vorstellung. Die Lieder des Musikanten.
Anfang 3 Uhr. Halbe Stellenpreise.
Bernhard Rose-Theater.
Babür. 58.
Sonntag, den 26. Oktober 1902:
Der Fechter von Ravenna.
Schauspiel in 5 Akten von Fr. Palm.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Palast-Theater
Direktion: Richard Winkler.
Sensations-Erfolg: Berliner in Steglitz!
Gr. Lustspiel-Vorstellung mit viel u. Tanz.
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sands, Sportist. Sisters Laurence, Dressir-Art. Mr. Atlas, die schwanartige Weltfugel. Brothers Gude, Stahl-Art. Bonedetti, Universal-Artist. Hue und Mac, Transformatio-nist. Fritz Brand, Humorist. Elise Gebhardt, Vortrags-Soubrette. — Entree 30 Pl.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Central-Theater
Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (Abonnement gültig):
Boccaccio.

Cirkus Busch.

Freitag, den 24. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr:

Grosse Vorstellung

Die Hadji Mohamed-Truppe. 7 phänomenale arab. Springer.

Cirkus Schumann

Freitag, 24. Okt., abends 7 1/2 Uhr:

Zum 2. Male: Eine Fortsetzung der berühmtesten u. populärsten Pantomime

Die lustigen Heidelberger

humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben mit noch nie gesehene plastischen Darstellungen auf dem Wasser

von Aug. Siems, Grossh. Hess. Hofballlettmstr., in 3 Abteilungen.

Auf das grossartigste insceniert vom Direktor Albert Schumann.

Ausserdem vorzügliches Programm. Direktor Alb. Schumann mit seinen neuesten Creationen.

Nur noch 6 Tage: Die 25 Gezeiten von Marinique.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Buntes Theater

(Ueberbrett.)

Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.

Zochter zu verheiraten.

Der Hund. — Bunter Teil.

Leitung: O. Strauss.

Wiederauftreten TINY SENDERS.

Bozema Bradsky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.



Griffin und Dubois. Excentrics.

Duncan's dress. schott. Schäferhunde.

Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.

Elise de Vere, Soubrette.

LosFloridos, Spanische Tänzerinnen.

Die 2 Freydas, „Professora Schüler“.

Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.

Sisters Carey's dressierte Papagelen.

Carl Maxstadt, Humorist.

Eiane de Vries, Pariser Soubrette.

Kara, Meister-Jongleur.

Angèle VanLooy, Sängerin v. kgl. Theat. Brüssel.

Cléo de Mérode, Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.

„Biograph“.

G. Paulat
Geflügel
 Marktallee 10
 Stand 8-10

Herren-Moden
 elegante Anfertigung
 geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
 am Alexanderplatz. (54142)

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter
 Wohnungs-Einrichtungen
 zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. 5191L



Bräu
 Sonntag, 26. Oktober,
 Freitag 19. Uhr, Samstag
 8 Uhr, nach Sonntags
 am 1. Oktober.
 Rüdiger-Verkehrs-Ver-
 einigung, Rüdigerstr. 6,
 b. Stencker, Badstr. 8,
 1917

**Arbeiter-Radfahrerver-
 „Berlin“.**
 Sonntag, 8 Uhr: Führer-
 dienstleistungen zur Dampfstation
 12 Uhr: Dampfbahn-Druckerei - Beide
 sind Schließung bedürftig.
 1917

5. Ziehung 4. Klasse 207. Kl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 23. Oktober 1902, veranlasst
 durch die Gewinne über 232 315 364 500 000
 Mark zu Gunsten des Kaiserlichen
 Hauptarmy-Verbands.
 (Casse No. 192)

545 07 767 [500] 803 118318 69 84 515 602 970
119 015 34 260 83 322 [1000] 731 577
120 034 241 350 410 89 717 [3000] 40 820 91
121 098 102 200 1 80 83 373 [5000] 88 (75000) 581
621 818 70 926 28 [500] 122010 [5000] 68 75 181 379
431 554 600 827 123156 71 982 97 124007 163 325
445 [3000] 527 712 32 837 57 400 125151 78 79 207
126 038 165 593 736 69 879 127108 92 294 91 69 416
29 35 83 663 787 828 66 128003 18 43 63 146 314
[1000] 64 464 842 48 52 019 45 [500] 752 313 85 917 34
129 000 149 80 [500] 508 85 701 26 823 82
130 073 171 98 264 75 370 405 27 51 611 [1000]
748 907 89 131027 102 33 55 209 330 445 644 742 89
811 14 132069 298 303 431 [1000] 90 [3000] 828 613
133042 410 39 551 43 98 704 73 992 95 134119 228 83
510 22 25 76 502 135177 511 663 73 [3000] 733 70 81 824
136002 84 179 219 370 473 713 [3000] 137 631 149 [500]
208 37 304 89 542 85 831 756 841 905 138997 113
36 252 92 344 88 407 562 866 97 [3000] 309 27 483
85 507 65 75
140 093 170 210 347 [1000] 861 912 141290 415
569 142090 72 [500] 265 [500] 317 73 456 85 503
654 779 143122 351 [500] 68 421 65 506 999 725 40
95 823 [1000] 969 144039 321 62 [1000] 325 550
690 507 913 37 48 145040 58 263 71 315 32 39 60 425
47 013 [1000] 37 967 917 82 146311 451 509 677
[1000] 96 594 95 147006 506 69 758 999 148101
15 18 35 429 73 62 700 813 [500] 56 149102 301
502 8 653 996
150046 104 448 854 767 805 151031 45 492 [500]
509 071 93 761 842 152045 185 260 473 535 85 848
911 153016 32 83 114 84 211 45 377 95 548 49 731
850 901 48 82 154002 5 72 178 332 418 624 49 649
873 927 53 85 155159 [500] 57 205 36 133 [500] 94
329 504 667 815 32 71 [3000] 905 156070 178 217 59
82 306 [500] 69 704 82 922 37 [1000] 157003 262 360
69 504 14 63 625 735 84 158003 48 190 31 512 40 749
922 75 156019 379 438 714 19
160021 53 [1000] 98 177 407 806 971 161145
214 313 73 643 730 86 162339 405 30 526 630 972 89
[3000] 163042 59 73 107 63 267 394 423 42 81 800
64 73 80 99 873 164045 343 [3000] 300 268 675 18 730
904 45 938 165003 323 46 7 655 58 815 42 333 166136
70 [500] 300 [500] 336 50 57 89 [500] 427 21 541
706 541 60 78 167290 332 [3000] 574 617 [1000] 79
168313 60 70 584 96 [500] 735 55 682 169057 222
376 454 746 898
170002 89 120 223 46 50 85 89 [1000] 397 [500]
449 693 881 889 171008 101 70 210 465 65 522 [3000]
24 600 1 [1000] 872 [500] 172007 201 374 341 173154
57 202 73 521 77 648 [500] 65 816 978 174076 186
99 [3000] 691 72 765 846 50 175001 170 249 422 839
647 706 855 96 916 89 176021 192 747 846 96 943
177081 100 209 [500] 434 97 525 [500] 682 748 92 894
178031 911 [3000] 502 511 728 76 80 94 930 35 178032
200 342 929 671 81 97 809 977 99
180079 [100] 281 851 793 181107 59 304 40 50
55 78 454 559 [500] 181141 86 73 289 931 183372
521 63 98 687 184189 339 903 [500] 734 185002 169
42 59 92 598 621 764 821 962 88 186045 364 76 535
47 013 [1000] 37 967 917 82 146311 451 509 677
78 [500] 83 676 86 703 880 942 74 [3000] 187030 158
[3000] 12 225 33 [500] 50 32 398 49 491 35 88 581 683
718 [500] 967 14 8197 28 253 305 485 611 78 95 960
72 189341 400 693 862 906 50 30
190045 170 457 62 04 513 74 733 890 918 79
191967 108 58 [500] 87 346 49 409 578 913 71 192139
60 219 387 90 661 829 70 19 639 193118 80 556 756
10 5173 95 319 541 690 713 15 841 92 907 195116 27
233 475 500 757 62 838 629 196060 150 51 25 90 445
96 835 674 700 47 495 197152 454 800 57 [1000] 128
108060 [3000] 525 639 729 866 199017 69 209 328
464 [500] 690 771 96 842 78
200508 616 64 700 881 923 201107 [500] 305 730
772 202015 467 577 973 707 955 203127 63 230 71
309 58 429 67 323 [500] 822 74 900 45 [500] 204143
93 221 44 81 [1000] 460 311 54 [500] 19 819 103 [3000]
991 92 205490 165 295 16 590 46 711 18 76 84 79
206063 259 454 506 721 31 980 207045 132 216 372
455 64 721 835 943 49 [3000] 50 209033 35 473 87 761
99 889 209822 39 442 82 222 805 37
210119 253 341 436 850 704 59 907 211012 176
221 751 826 [500] 212 759 369 [100] 66 457 690 663 717
52 818 213091 37 225 85 281 559 734 19 99 829 69
911 214017 [1000] 90 293 84 218 590 13 56 866 612
81 92 922 31 215163 457 511 23 624 763 859 78 807
216331 408 41 98 779 89 217414 565 58 [500] 74
813 21 67 218013 218 314 51 695 740 572 9 14
218005 123 46 94 273 456 586 820 45
220294 65 379 222122 220 304 412 61 511 19
[1000] 808 [500] 10 [500] 11 717 [3000] 23214 39
226 417 638 616 113 87 881 243051 146 35 392 75 373
503 89 [500] 612 114 224022 172 405 [3000] 540 482
82 716 315
226 417 638 616 113 87 881 243051 146 35 392 75 373
503 89 [500] 612 114 224022 172 405 [3000] 540 482
82 716 315

6. Ziehung 4. Klasse 207. Kl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 23. Oktober 1902, veranlasst
 durch die Gewinne über 232 315 364 500 000
 Mark zu Gunsten des Kaiserlichen
 Hauptarmy-Verbands.
 (Casse No. 192)

71 90 113036 167 205 406 578 833 816 916 114036
71 266 393 [500] 420 619 99 115057 89 151 287 92
242 93 484 621 735 116033 627 39 89 697 79 15
117150 397 78 91 481 549 51 622 784 949 118016
68 [1000] 237 62 509 53 92 751 911 99 110603 147
388 405 99 605 15 31 709 [500] 960 74 [500]
120090 81 359 [1000] 62 441 532 62 94 725 53
903 121376 436 554 708 909 [1000] 30 77 122053
81 224 74 80 308 411 66 68 81 622 76 925 34 123723
138 77 270 313 68 70 42 119 33 87 586 [1000] 646
792 933 124192 571 430 594 17 [500] 64 691 704 897
[500] 125114 30 63 69 263 [500] 491 508 69 [1000]
729 40 65 926 54 96 126028 290 73 397 691 712 29
37 [500] 69 872 [1000] 127130 210 503 14 35 633
720 61 846 84 128160 651 59 764 81 91 900 9 31
129004 78 [500] 119 72 234 375 433 [1000] 64
75 611 25 628 [500] 833 78 95 912 17 30
130005 44 [3000] 212 328 86 486 712 63 911 27
53 131077 151 420 46 653 62 83 89 691 859 132093
184 227 83 64 [500] 714 374 77 879 [500] 919 30 87
133122 488 620 [1000] 719 447 47 [500] 40 57 822 93
134188 305 59 402 8 [500] 58 661 96 717 49 75 825
65 135191 263 310 [500] 25 488 586 619 95 747 825
99 136332 488 632 76 922 137001 96 253 389 [500]
445 74 595 602 851 79 138117 263 [500] 97 440 563
[500] 67 744 929 31 139029 21 328 67 61 88 702 895 923
140028 159 69 315 435 48 49 899 921 141339
90 640 88 723 78 98 925 98 142111 304 421 693 708
859 640 73 98 143017 40 46 173 305 88 582 622
861 953 97 [500] 144173 252 328 864 145212 575
724 [1000] 833 146062 100 374 532 [500] 147096
712 82 838 148500 154 86 257 328 743 871 962
149037 108 320 431 534 60 88 715 68 838 43 945
150106 283 [500] 303 421 69 94 678 743 151344
486 649 45 720 818 52 953 152080 520 75 401 45 616
830 70 153094 601 271 85 495 48 [1000] 507 59 722
89 851 906 154321 47 70 89 427 555 761 155381
416 69 91 585 631 655 156019 [1000] 210 90 691
157303 74 75 733 62 [1000] 825 85 [1000] 915 158010
282 320 743 810 54 941 159081 182 232 81 479
592 914 24 [500]
160232 77 [1000] 89 307 442 563 97 746 878
161027 166 73 277 459 562 83 671 721 937 162196
316 402 333 41 635 45 55 829 905 163133 [1000]
348 65 69 90 410 504 56 97 706 96 825 970 164309
572 636 710 811 38 165012 387 [1000] 422 65 687
166017 418 [500] 19 685 770 830 167018 99 142
226 325 440 83 636 717 31 44 85 [500] 168200 252
[1000] 353 827 839 169040 88 [500] 471 [3000] 575
680 716 29 [1000] 504 948 54 96
170009 225 416 36 573 682 92 805 171040 376
298 [1000] 422 530 54 820 56 905 172237 [1000] 3094
57 65 492 56 76 [500] 592 57 90 901 72 924 79 815
173000 82 333 591 700 820 82 931 174559 138 85 91
228 37 302 506 689 [500] 744 [500] 70 945 175159
272 83 415 570 [500] 670 701 3 5 9 176254 [1000]
304 78 554 604 704 800 44 992 94 177042 [3000] 322
24 72 433 99 552 719 178999 174 397 515 55 179085
94 59 617 35 539 916 24 44 46
180042 78 [3000] 193 221 589 775 594 181176
651 744 919 21 36 55 182009 379 [500] 404 27 507 699
783 42 846 183350 255 [500] 511 462 653 49 857
184194 218 480 185000 311 35 64 [500] 62 652 836
185111 29 800 [1000] 27 331 186156 312 408 24 846
688 60 719 48 62 85 187214 15 433 512 19 806 81
188001 106 45 67 713 835 87 995 189039 245 80 67
96 378 526 655 24 89 797 858
190003 78 174 [500] 442 530 732 943 191162 207
46 17 99 314 541 43 61 962 192019 32 214 84 332
436 551 95 804 193102 4 48 69 210 358 551 600 799 817
[3000] 984 194111 225 67 337 86 405 858 195009
212 362 91 495 629 77 81 703 863 918 26 0 196072 90
328 534 615 46 [500] 83 723 69 823 69 924 197068 271
325 406 31 830 70 [3000] 198032 298 414 23 [500] 27
628 631 81 998 199068 217 52 461 504 769 819 900 87
200016 63 203 331 403 5 610 44 743 84 857 900
201017 434 54 71 501 68 630 91 713 90 945 [500]
202003 [500] 25 167 273 374 421 24 82 532 731 884 65
85 912 62 93 203002 98 164 83 208 409 81 504 77 92
646 97 932 204043 141 283 300 [500] 405 59 84 668
67 [1000] 890 47 205076 127 307 445 139051 622 32 923
206083 253 71 344 421 598 758 207119 437 563 99 624
95 759 848 905 208009 145 96 [500] 214 886 805
209052 305 64 710 52 674
210051 179 250 398 454 594 600 211025 32 169
[500] 3 [1000] 79 628 894 931 212067 543 609 756
213111 41 303 95 439 628 39 712 55 99 912 214141
43 53 [500] 85 309 613 35 88 97 782 817 890 215293
250 320 66 72 477 [500] 561 69 89 771 216307 39 493
[1000] 621 45 801 625 [3000] 217022 85 125 26 300
32 280 519 31 46 76 695 6 218056 247 99 619 505
219079
220110 69 209 71 396 [500] 416 18 71 769 867
221070 112 460 25 47 691 714 68 885 222026 375
223 266 642 819 967 81 223007 306 642 224006 87
225 95 339 91 678 802 19 26 917
226 417 638 616 113 87 881 243051 146 35 392 75 373
503 89 [500] 612 114 224022 172 405 [3000] 540 482
82 716 315

7. Ziehung 4. Klasse 207. Kl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 23. Oktober 1902, veranlasst
 durch die Gewinne über 232 315 364 500 000
 Mark zu Gunsten des Kaiserlichen
 Hauptarmy-Verbands.
 (Casse No. 192)

18 25 90 171 642 83 833 [500] 946 1005 156 91
719 802 656 2397 570 840 710 25 32 [500] 3074 [1000]
177 95 462 887 766 828 63 4061 64 196 463 591 99 655
82 5096 233 320 451 62 606 709 807 930 51 60927
255 434 511 67 16 618 730 83 7143 49 82 [1000] 231
332 400 561 700 20 8091 253 367 546 85 618 [1000]
63 04 928 48 9049 122 284 417 607 [500] 820 79
10670 221 50 468 530 900 3 11239 74 437
520 610 81 760 550 12124 229 25 34 330 414 604
730 816 913 13903 167 315 85 96 81 93 492 535 70
82 947 912 145056 2 217 [1000] 569 627 84 714 860
67 15197 62 228 16 375 485 516 911 10131 346 423
49 75 81 771 843 55 [500] 17104 27 [500] 53 318 643
954 806 15 18103 47 251 556 575 445 191914 337 139
90 92 211 [1000] 22 33 55 495 527 49 678 717 49
80 891 97
20402 161 285 [500] 511 776 880 509 90 21017
37 50 221 [500] 367 610 67 72 716 820 220

Internationale Tuberkulose-Konferenz.

Die internationale Tuberkulose-Konferenz trat am Donnerstagvormittag im Sitzungssaale des Abgeordnetenhause...

Beim Anhören dieser Worte mußte man lebhaft an den Gegenstand denken, der in den schönen Reden unserer Staatsmänner bei solchen Gelegenheiten und ihrem gesamten Handeln zu Tage tritt...

Unter den Rednern des Tages wies nur einer, ein österreichischer Herr, dessen Name uns entging — die Äußerung im Abgeordnetenhause ist sehr schlecht — auf den unmittelbaren Zusammenhang hin...

Leider dürfen wir das nicht bloß für österreichische Schlamperie halten, bei aller bereitwilligen Anerkennung dessen, was auf dem Gebiet der Lungenerkrankungen bei uns geleistet wird...

Vormittags hielt Prof. Franke einen kurzen Vortrag über die Entwicklung des Kampfes gegen die Tuberkulose...

Es folgten dann eine Reihe von Schilderungen über den Stand der Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Rachmittags wurde über I. Anzeigerpflicht, II. Sozialversicherungen...

Unter III sprach Dr. Freund von Berlin: Ueber Arbeitsverhältnisse-Vorschriften in Arbeitsräumen. Der schlimmste Mangel unserer Verhältnisse ist ja der, daß der Arbeiter nach beendeter Heilbehandlung...

Für obligatorische ärztliche Ueberwachung von Werkstätten und sonstigen Versammlungsräumen (Schulen, Gesellschaften zum Zwecke gegenseitiger Hilfe usw.) trat auch C. Savoire aus Paris ein.

Große neue Gedanken sind das allerdings nicht, wie überhaupt auf dem Kongress im wesentlichen nur oft Geklagtes wiederholt worden ist.

daß es ihnen mit ihren Worten ernst ist. Aber ihre Macht ist gering; der Zusammenhang der sozialen Verhältnisse, die gesamte Struktur unserer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht...

Lehrerdressur in Trakehnen.

In der gestrigen Sitzung, die Landgerichts-Direktor Heidrich um 9 Uhr eröffnete, waren 52 neuerdings geladene Zeugen aus Trakehnen und den dortigen Vorwerken erschienen.

Die ersten Zeugenaussagen beziehen sich auf einzelne kleine Momente. Apotheker Schenker soll bekunden, daß der Gastwirt Grab gewöhnlich 4, manchmal auch 6 Pferde gehabt und sowohl für diese, als auch für seine Kühe Futter nie gekauft habe.

und diesen Betrag auch erhalten, obgleich er zu jener Zeit nur etwa 100 M. zu fordern hatte. Er hat dann nach und nach so viel geliefert, bis die überschüssigen 200 M. erschöpft waren.

Der Zeuge Kiebert, Sutscher bei Grab, weiß nur, daß dieser 4-6 Pferde gehalten und auch mit Pferden gehandelt habe.

Staatsanwalt Veed: Der Lehrer Ridel soll ein vollständiges Verhör mit seinen Schülern darüber angestellt haben, was sie alles gestohlen haben und durch wen sie zu Diebstählen angestiftet worden seien.

haben sich die ganze Klasse erhoben.

Zeuge Gastwirt Grab giebt zu, daß ihm Stroh, Häcksel und Streu geliefert worden sei, bestreitet aber daß dies zu Unrecht geschehen sei. Er behauptet, daß er nach seinem mit der Gestütverwaltung abgeschlossenen Vertrage, nach welchem das Gestüt den Dung von ihm erhielt, er auch Anspruch auf Häcksel hatte...

Es folgt eine große Reihe von Arbeitern, Gärtnern, Ackerbauern, deren Aussagen im Einzelnen nicht wiedergegeben sind. Sie werden über allerlei Dinge befragt, die darauf Bezug haben, ob die Vorwerkdirektoren und andere Beamte unrechtmäßiger Weise Getreide, was ihnen nicht zulangt, aus den Gestütsweiden entnommen haben, ob sie übrig gebliebenes Saatgetreide für sich behielten, ob sie zum Füttern ihres Rederweiches Hafer aus Gestütsvorräten benutzten usw. usw.

Die Vernehmung der aus Trakehnen herbeigerufenen Zeugen zieht sich bis in die Nachmittagsstunden hin, sie haben fast durchweg ein negatives Ergebnis. Eine Reihe dieser Zeugen hat die weite Reise hierher gemacht, um so gut wie nichts auszusagen.

Herr v. Dettingen habe ihm gesagt, oder sagen lassen: wenn er sich zur Wahl stelle, so sei dies gleichbedeutend mit Entlassung, denn die ganzen Organisationsverhältnisse würden darunter leiden.

ausgeführt. Darunter befanden sich 29 Vierfamilienhäuser und ein Sechsfamilienhaus. Die in denselben vorhandenen 122 Wohnungen würden von 50 Gestütswärtern und 72 Insulten bewohnt.

„Die Kinder lernen zu viel“ in dieser abstrakten Form nicht. Er habe bei einer Gelegenheit, wo allerlei physikalische Instrumente, darunter sogar ein Telefon, verlangt wurden, gesagt: „Die Kinder lernen dabei doch wohl zu viel!“

Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt Zeuge Bautechniker Kiebart: Auch in die Wohnung des Herrn von Dettingen habe es manchmal hineingeregnet; das Dach sei so schabhaft gewesen, daß es bei größeren Regengüssen durchregnete.

Oberstabsarzt Mathias: Auch bei ihm habe es durchgeregnet, sein Keller sei gleichfalls recht schlecht gewesen. — Auf Oberamtmann Conrad erklärt, daß er in seinem Keller nur einen ganz kleinen Teil Kartoffeln unterbringen könne, aber keine Saatkartoffeln.

Bezüglich des Stallbaues für Herrn v. Dettingen erklärt auf Befragen der Zeuge Kiebart: Der Bestall sei so schlecht gewesen, daß statt des ursprünglich beabsichtigten Reparaturbaues die Notwendigkeit eines Neubaus sich ergeben habe.

Auf weiteres Befragen durch den Staatsanwalt erklärt Zeuge v. Dettingen noch: Er habe schon vor Jahren wiederholt mündlich und in letzter Zeit auch schriftlich den Minister gebeten, ihm die Dienstaufsicht über die Lehrer abzunehmen.

unterfragt, das Gebiet von Trakehnen ohne Urlaub zu verlassen, aber mündlich den Lehrern mildernde Zugeständnisse gemacht.

Rechtsanwalt Sonnenfeld: Hat nicht der Zeuge diese Urlaubsvorladung — auch während der Ferien — so lange aufrecht erhalten, bis der Minister eine Verfügung erließ, daß sie während der Ferien nicht Platz zu greifen habe?

Zeuge v. Dettingen: Es ist durch den Herrn Minister bekannt gemacht worden, daß die Lehrer während der Ferien hingehen können, wohin sie wollen; sie haben es mir angezeigt.

Rechtsanwalt Sonnenfeld: Haben Sie nicht eine Verfügung erlassen, daß die Leute beim Kaufmann Grab ihre Bedürfnisse einkaufen sollen und nicht bei Händlern? — Zeuge v. Dettingen: Eine Verfügung nicht, ich habe nur den Wunsch ausgesprochen. — Erste Zeugen: In der Lehrer Jepsies nicht einmal in Strafe genommen worden, weil er entgegen seiner ausgesprochenen Absicht, nach Gumbinnen fahren zu wollen, den Urlaub zu einer Tour nach Insterburg benutzte?

Damit sind die Fragen erledigt. Die geladenen Zeugen wurden entlassen und die Verhandlung auf Freitagvormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteienossen und Genossinnen! Am kommenden Samstagvormittag findet in Berlin und den Vororten eine umfassende Flugblattverbreitung statt.

hat, bei der alle Genossen und Genossinnen ihre Pflicht zu erfüllen haben. Es handelt sich um eine Propaganda zu Gunsten des Parteiorgans, für welches alle, denen das Wachen der Partei am Herzen liegt, zu agileren Gelegenheiten haben.

Wahlkreis. Die Parteigenossen, insbesondere alle Mitglieder des Wahlkreises werden dringend ersucht, am Sonntag früh 7 1/2 Uhr den Bezirksführern sich in folgenden Lokalen zur Flugblattverbreitung zur Verfügung zu stellen: Wilhelmsherg: bei Krause, Berlinerstr. 6; Hausler, Harnstr. 43; Zimmermann, Mühlenthorgerstr. 48; v. Lange, Wartenbergstr. 67; Wermde, Gürtelstr. 22; Beyer, Frankfurter Allee 181; Jünger, Dorststr. 111; Krause, Mühlenthorgerstr. 45; Lutterbäse, Friedrichstr. 11; Schilling, Waisenstr. 4.

Dammquälweg. Zur Verbreitung des Flugblattes werden die Genossen ersucht, sich am Sonntag, den 26. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr, recht zahlreich im Restaurant Staffeld, Dammquälweg 84/85, einzufinden.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, sich zu der am Sonntag, den 26. d. Mts., stattfindenden allgemeinen Flugblattverteilung in folgenden Lokalen recht zahlreich einzufinden. I. II. Bezirk bei Genossen Katusch, Hlandsstr. 71; III, IV. und V. Bezirk bei Genossen Meyer, Luisenpark; VI. Bezirk bei Genossen Radloff, Wundtstr. 10; VII. Bezirk bei Genossen Hüper, Palente.

Röpenitz. Zu der Sonntagfrüh 7 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung wollen die Genossen an folgenden Stellen pünktlich zu Stelle sein. Die Parteigenossen der Altstadt, Dammquälweg, mit

Nieborstadt beim Genossen Nothig, Müggelheimerstr. 2, diejenigen der Köllnischen Vorstadt beim Gen. Stippelohf, Schönertsdorferstr. 5.

Alt-Mitglieder. Die Versammlung des Wahlvereins findet morgen, Sonntag, bei 8 Uhr, Grünauerstr. 27, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Mitglieder. (Wahlverein Bezirk Panitzsch) Morgen, Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Sonne“. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn-Berlin über „Kassalle“. Gäste willkommen.

Lokales.

Ein Ausweisungsfandl!

Im Rathhause war Mittwochsabend der Verein zur Förderung der Kunst versammelt. Die russische Kunst des 19. Jahrhunderts sollte diesmal den Mitgliedern veranschaulicht werden und da man den Darbietungen des Abends offenbar auch eine öffentliche Bedeutung zuschrieb, so war auch die Presse eingeladen worden. Herr Kurt Walter Goldschmidt zeichnete in einer lebendig gehaltenen Skizze ein Bild vom Wesen der russischen Dichtung und ihrer vornehmsten Vertreter, Fr. Alwine Wiede las Bruchstücke und Gedichte aus den Werken von Puschkin, Lermontoff, Turgeniew, Gorkin und Gorkin vor und einige andre Männer und Frauen gaben sich im zweiten Teil der Abends redlich Mühe, vom russischen Volkstied und aus den Werken von Glinka, Tschajkowskij, Rubinstein und andern russischen Komponisten von europäischem Ruf etliche Kompositionen vorzutragen. Kurz, soweit es möglich ist, einem westeuropäischen Publikum von der melancholischen Sehnsucht eines physisch und geistig geknechteten und mißhandelten Volkes in drei Stunden Kunde zu verschaffen, geschah es. Der Abend gehörte gewiß nicht zu den verlorenen, aber er unterschied sich, soweit die künstlerischen Vorträge in Betracht kommen, doch nicht wesentlich von Darbietungen, wie man sie im vielseitigen Berlin alle Tage genießen kann.

Aber es wurde außer den Vorträgen noch etwas zum Besten gegeben: Eine Kunstlei. Der Vereinsvorsitzende trat vor das Publikum und entschuldigte, daß eine Programmnummer ausfallen müsse. Ein von einem russisch-deutschen Musikschiffsteller Nikolaus Bernstein zugelagerter Vortrag: „Die Analogie in den Liedern der Russen“ könne von diesem Herrn nicht gehalten werden, und zwar wegen eines Ereignisses, das an russische Zustände erinnere. Der Herr Bernstein aus Petersburg sei nämlich von der Berliner Polizei ausgewiesen worden und vorläufig nach Hamburg gegangen. Aber auch dort sei seines Weibens nicht. Er, der Vereinsvorsitzende, habe dieser Tage Gelegenheit gehabt, in Hamburg Herrn Bernstein zu sprechen und sich, wenn auch vergeblich, für ihn zu verwenden. Der ausländische Musikschiffsteller sei dort zur Polizei citirt worden und auf dem Stadthause habe man ihm folgendes gesagt: „Sie sind zwar in jeder Beziehung unbescholten und wir haben von der Berliner Polizei mit dem besten Willen nicht erfahren können, warum man die Maßregel über Sie und Ihre Existenz verfügt hat. Weder sind Sie in Ihrer Heimat oder gar in Berlin politisch hervorgetreten, noch haben Sie irgend eine Unehrenhaftigkeit oder sonst etwas begangen, was auch nur im geringsten die Ausweisung rechtfertigen könnte. Aber Sie sind nun einmal von dem harten Geschick betroffen worden, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen zu werden, nach deutschem Recht ist keine Begründung dieser Maßregel notwendig und da das für uns unbegreifliche in Berlin geschehen ist, sind wir in Hamburg nicht in der Lage, es wieder gut zu machen. Im Gegenteil muß ihnen eröffnet werden, daß sie gemäß einem Vertragsverhältnis, das zwischen den deutschen Bundesstaaten besteht, auch aus Hamburg ausgewiesen sind und sich der Hoffnung entschlagen müssen, in irgend einem andern Bundesstaat Aufnahme zu finden.“

Und ist unklar, ob die Mitteilung über das famose Kartellverhältnis zutrifft, welches 25 deutsche Bundesstaaten verpflichtet, das von einem Bundesstaate begangene Unrecht fünfzwanzigfach zu sanktionieren. In andern Fällen, wo Reichs- und Bundesländer aus dem gastlichen Preußen ausgewiesen worden sind, hat man bekanntlich nicht nach dem in Hamburg offenbarten Rezept gehandelt. Aber so seltsam das Mitgeteilte schon den Kulturmenschen anmutet, es kommt noch etwas Seltsameres. Der Vereinsvorsitzende ließ sich nämlich auch über die Ursachen aus, die im Falle Bernstein die Ausweisung herbeigeführt haben sollten, und brachte da eine Geschichte ans Licht, die, wenn sie wahr sein sollte, die Ehrenhaftigkeit eines Teils der Berliner Musik-Kritik auf das schlimmste antastet. Als ein Gerücht, das hoffentlich bald bündig widerlegt werde, wurde von dem Herrn die Mitteilung bekannt gegeben, daß zwanzig Berliner Musikkritiker, die auf Herrn Nikolaus Bernstein nicht gut zu sprechen seien, ihren Namen unter ein an das Polizeipräsidium gerichtetes Schriftstück gesetzt hätten, in welchem die Ausweisung dieses ausländischen Kollegen befürwortet wurde. Diese Mitteilung ist zu ungeheuerlich als daß sie als bare Münze hingenommen werden könnte. Aber die Berliner Presse wird der Aufforderung, sich über diesen ihr Ansehen auf das schlimmste antastenden Fall zu äußern, hoffentlich so schnell wie möglich Folge leisten.

Zum Fall Stegmann. Die gegen den Irrenwärter Trjzinski erhobene Beschuldigung, in der städtischen Epileptiker-Anstalt Wulfgarten den Pflegling Walter Stegmann mißhandelt und dadurch seinen Tod herbeigeführt zu haben, wurde in der letzten Versammlung des „Verbandes des Passages“, Wabe- und Krankenpflege-Personals“ besprochen. Alle Redner wandten sich gegen die von Frau Stegmann gegebene Darstellung und bezeichneten sie als einseitig und übertrieben. Man war der Ansicht, daß man der Erzählung einer erregten Frau und den Mitteilungen von Pfleglingen, also von nicht zurechnungsfähigen Personen, nicht blindlings glauben dürfe. Verschiedene in der Anstalt Wulfgarten angestellte Kollegen erklärten Trjzinski für unschuldig. Trjzinski selber beteuerte gleichfalls seine Unschuld. Er will gerichtlich gegen Frau Stegmann vorgehen. Die Verammlung erklärte sich völlig solidarisch mit dem Angeklagten und versprach, seine Sache zu der ihrigen zu machen. Das Trjzinski passirt sei, könne ebenso auf jedem andern Kollegen passieren. — Das gegen Trjzinski eingeleitete Verfahren wird hoffentlich volle Aufklärung über die traurige Angelegenheit bringen.

Eine Stiftung für bedürftige und kränkliche Kinder. Die Constant Sala-Stiftung bezweckt, bedürftigen und kränklichen Kindern, welche die Gemeindefürsorge bedürfen, einen mindestens vierwöchentlichen Aufenthalt in gesunder frischer Luft auf dem Lande oder an der See zu gewähren. Im Rechnungsjahr 1902 wurden zu Stiftungszwecken 7149 M. verwendet. Diese Summe wurde wie folgt verteilt: 1600 M. an den Frauen-Hilfsverein für Kinder-Heilstätten an den deutschen Seelästen von 16 Kindern; 4400 M. an den Berliner Verein für Ferien-Kolonien zur Entsendung von 38 Knaben in das Seebad Wulfroth in Mecklenburg, von 40 Mädchen nach Dargun in Mecklenburg und von 11 Knaben nach Harzburg. Ferner wurden verwendet 703,55 M. zur Unterbringung von 8 kränklichen Mädchen zu sechswochenlänglichen Surgebau in Bad Salzbrunn und 445,45 M. zur Beschaffung fehlender Kleidungsstücke und Ausrüstung bedürftiger Kinder in Ferien-Kolonien für etwa 90 arme Kinder.

Der Kassierer Julius Besas ist der großen Veruntreuungen im Kaufhause A. Jorael wegen im Anschluß an seine am Mittwoch stattgehabte Vernehmung auf dem Polizeipräsidium verhaftet worden. Von der Festnahme seines Bruders Verthold wurde abgesehen, da dieser noch nicht erwiesen ist, daß dieser bei den Unterschlagungen beteiligt war oder um sie gewußt hat. Es wird angenommen, daß die Defraudationen schon seit mehreren Jahrzehnten verübt worden sind und daß sie sich insgesamt auf weit über eine Million Mark belaufen. Allerdings sind thatsächliche Beweise hierfür nicht vorhanden, da die Skripturen des Kaufhauses A. Jorael alle zehn Jahre vernichtet werden. Die letzte Vernichtung hat im Jahre 1900 stattgefunden und infolge dessen nur noch die Schriftstücke vom Jahre 1890 an vorhanden. Eine Stichprobe aber hat ergeben, daß schon damals die Unterschlagungen jährlich im Durchschnitt ca. 40 000 M. betragen haben. Verthold Besas, der seit 32 Jahren bei der Firma thätig ist, bekleidete die Stellung eines Hilfs-Kassierers. Er war im Comptoir beschäftigt, hatte jedoch seinen Bruder Julius während der Zeit, wie auch bei sonstiger Abwesenheit des Hauptkassierers zu vertreten. Der jetzt Verhaftete, der übrigens auch ein eigenes Haus besitzt, trat bereits unter dem Begriffe der Firma A. Jorael bei dieser ein. Im Jahre 1882 feierte er sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter des Hauses, und bei dieser Gelegenheit wurden ihm durch seinen Chef ganz besondere Ehrungen zu teil; ihm wurden außer seinem festen Gehalt auch noch Lantienem vom Geschäftsumsatz zugewilligt. Die Unterschlagungen wurden bereits vor ungefähr drei Wochen entdeckt, und daraufhin vor acht Tagen die beiden Brüder vom Dienste dispensiert. Von einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft jedoch sollte Abstand genommen werden.

Nach einer andern Meldung soll die Kriminalpolizei beide Brüder in Gewahrsam behalten und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt haben.

Der Polizeipräsident giebt folgendes bekannt: Es ist wiederholt beobachtet worden, daß Führer, Transporträder, Handwagen u. dgl. ohne dringende Veranlassung auf den Geleisen der Straßenbahn aufgestellt werden und hierdurch die Straßenbahnzüge zwingen, die an verschiedenen Stellen der Geleisanlagen verlegten Umfahrsweichen zu benutzen.

Im Interesse eines geordneten und sicheren Straßenbahn-Betriebes muß aber die Benutzung der Umfahrsweichen auf solche Ausnahmefälle beschränkt werden, in denen die örtlichen Verhältnisse und die sonstigen Umstände es dem übrigen Straßenbahnverkehr z. B. Möbel-, Expeditions-, Kohlen- und andern Lastwagen nicht ermöglichen, an andern Stellen als auf den durchgehenden Geleisen zu halten. Geschäftswagen dagegen, von welchen nur kleinere Pakete abgeladen werden, und namentlich Handwagen, Geschäftsfahrräder, überhaupt solche Wagen, bei denen ein mit beforderter Anstrengung verknüpftes Auf- und Abladen schwerer Lasten nicht stattfindet, müssen eine derartige Aufstellung wählen, daß der ordnungsmäßige Straßenbahnverkehr nicht unnötiger Weise behindert wird. Unter keinen Umständen dürfen ferner diejenigen Stellen der Geleise, in denen sich die Weichen befinden, wo also die Umfahrsweichen beginnen und aufhören, durch irgend welche Gegenstände versperrt werden. Zuwiderhandlungen werden unnahehaftig bestraft werden.

Selbstmord hat die 65 Jahre alte Witwe Vorhard aus der Christburgerstraße begangen. Nachdem die Unglückliche, die an einem Anebolen litt, erst vor einigen Tagen von ihren Kindern am Aufschneiden der Pulsadern verhindert worden war, hat sie gestern ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hatte am Mittwoch eine ungewöhnlich reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. In einer stürmischen Debatte wurde die Beratung der Petition des Haus- und Grundbesitzer-Vereins von 1895 betr. Einschränkung des Straßenhandels. Stadtv. Hirsch (Soz.) wies nach, daß die Petenten unter dem Vorwand, Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Einwohner zu schützen, in der That nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Redner erregte dadurch den Zorn einiger waschechter Hausbesitzer, die, statt die lässlichen Ausführungen ihres Genossen zu überlegen, sich in wüsten Schimpferien auf ihn und die sozialdemokratische Partei ergingen und eine Mobilisierung des „Standes“ der Hausbesitzer in Aussicht stellten. Es war für den Redner unfraktionell nicht schwer, die hausbesitzerischen Einwände zurückzuweisen. Die Versammlung ging über die Position zur Tagesordnung über. — Eine Reihe weiterer Petitionen betraf den Schutz der Handelsangestellten. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen petitionierte um einen allgemeinen 8 Uhr-Abendsschluß eine Ladenzzeit von 12 Stunden für alle Geschäfte, eine Arbeitszeit von 12 Stunden weniger zwei Stunden für Banken und um die Errichtung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen. Mit zur Debatte stand eine Petition einer vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen und vom Centralverband der Handels-Hilfsarbeiter einberufenen Versammlung um Erlaß von Ausführungsbestimmungen zum § 105 b der Gewerbe-Ordnung, welche die vollständige Sonntagruhe herbeiführen. Der Ausschuss beantragte Ueberweisung als Material, dagegen über die Petition betr. die Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen Uebergang zur Tagesordnung. Ursache dafür war die durch und durch reaktionäre Begründung der Petition; die Petenten wandten sich ausdrücklich gegen Fortbildungsschulen für weibliche Angestellte. Um aber keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß der Ausschuss die allgemeine obligatorische Fortbildungsschule für notwendig erachtet, beantragte er ferner, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen in dem Umfange, in welchem sie nach § 120 der Gewerbe-Ordnung gestattet sind, nach Möglichkeit zu beschleunigen. Nach längerer Debatte wurden die Anträge des Ausschusses abgelehnt und ein von den „Unpolitischen“ gestellter Antrag angenommen, über alle Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, da der Magistrat bereits über die Errichtung der in Betracht kommenden Schulen mit der Berliner Stadtverwaltung in Verbindung getreten sei. — Zur Annahme gelangte die Magistratsvorlage, der Akademie der Künste aus Anlaß des Einzugs der akademischen Hochschule für die bildenden Künste und für Musik 30 000 M. zu zahlen, deren Zinsen für Reisen von Studierenden nach dem Auslande und zu Stipendienzwecken verwendet werden sollen. — Die Vorlage betr. den Finalabschluß der Gas-anfallstasse ging an einen Ausschuss, dem u. a. Genosse Paasche angehört. — Die wichtige Vorlage betr. die Errichtung eines Mädchen-Realgymnasiums wurde ohne Ausschussberatung einstimmig angenommen. Die zustimmende Haltung unserer Fraktion begründete Genosse Dr. Vorhard.

In Wilmerdorf war dieser Tage Gemeinderatswahl. Es handelte sich um ein Mandat der dritten Abteilung, das von einem Hausbesitzer zu besetzen war. Da die Socialdemokratie auf eine Vereinfachung verzichtete, weil ihr der nach dem ungeredeten Gesetz erforderliche Kandidat fehlte, so gestaltete sich der Wahlakt überaus eintönig. Ganze 143 Stimmen vereinigte der ohne Gegenliste aufgestellte Ingenieur Angner auf sich, das sind 3/4 Proz. der eingeschriebenen Wähler. Als im März vorigen Jahres die Socialdemokratie erfolgreich auf den Plan getreten war, nahmen etwa 1300 Wähler an der Wahl teil. Es ist überall dasselbe Bild. Wo die Socialdemokratie unbeeinträchtigt ist, erstreckt sich das politische wie das kommunale Leben. Das Bürgerthum ist sich allein überlassen, längst nicht mehr fähig, die öffentlichen Interessen gebührend wahrzunehmen.

Ein modernes „Dorfkuchhaus“ ist der neue Schulbau, der in Amunneburg errichtet wird. Das Gebäude erhält 56 Räume für Unterrichtszwecke, Klassenzimmer, Rektoren-, Lehrer- und Lehrerinnenzimmer, Konferenz- und Bibliothekzimmer, Räume für Sammlungen, für den Kochunterricht, für den Handfertigkeitsunterricht, eine Aula, einen Gesangsraum, einen Zeichenraum. Für Traktieren zur Nachahmung zu empfehlen.

Mutter und Kind verschwunden. Eine räthselhafte Angelegenheit beschäftigt seit einiger Zeit mehrere Sicherheitsbehörden. Vor mehreren Wochen nahm die Dienstinagd Gulba Gristoff eine Stelle in dem Dorfe Falkenhagen bei Spandau an, während ihres dortigen Aufenthalts wurde bekannt, daß sie fünf Wochen vorher ein Kind zur Welt gebracht hatte; man erfuhr auch, daß sie sich an mehreren Stellen vergebens bemüht hatte, das kleine Wesen in Pflege zu geben. Der Ortsgendarm nahm das Mädchen nun über den Verbleib des Kindes ins Verhör und ihm wurde mitgeteilt, daß es in einem Berliner Stift untergebracht worden sei. Während über die Richtigkeit dieser Angabe Ermittlungen angestellt wurden, verließ das Mädchen den Dienst und ist seitdem verschwunden. Auch von dem Verbleib ihres Kindes weiß man nichts.

Gerichts-Zeitung.

Auf Inrücknahme der Approbation als Arzt richtete sich ein Verwaltungsstreit der Polizeiverwaltung zu Düsseldorf gegen den dortigen praktischen Arzt Dr. Solbeding, der 1896 in einem großen Geniationsprozess wegen schweren Betrugs in Verbindung mit fahrlässiger Tötung und Verletzung zu 4 Jahren 3 Monaten Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt worden war. Der Bezirksausschuß erkannte dem auch dahin, daß die Approbation für die Zeit des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte zurückzunehmen sei. Zur Begründung zog der Bezirksausschuß die Feststellung des Strafrichters heran. Danach habe Dr. S. seinen ärztlichen Beruf ungeheuerlich mißbraucht. Auf Annoncen und Prospekte hätten sich an ihn brieflich sehr viele Kranke um Hilfe gewandt. Diese seien nicht untersucht worden, sondern vier nur kaufmännisch geschulte Geschäftsgehilfen des Beklagten hätten nach eigener Wahl von vier vorräthigen sogenannten Medicamenten (harmlosen Flüssigkeiten) eines den Rathschenden übermittelte. S. habe Geld dafür genommen, obwohl er wußte, daß der Gebrauch der Mittel nicht zum Ziele führen konnte, und der Strafrichter nehme an, daß S. gar nicht die Absicht gehabt habe, eine Heilung damit zu erzielen. Im Falle eines jungen Mannes habe S. sogar fahrlässig dessen Tod herbeigeführt, denn seine Eltern hätten in ihrer Zurechnung auf eine Heilwirkung des Mittels einen andern Arzt erst in Anspruch genommen, wo es zu spät gewesen sei. — Das Verwaltungsgericht wies die Revision des Dr. S. mit folgender Begründung zurück: In der Regel sei Gebrauch zu machen von der Befugnis, einen Arzt, der die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitze, für die Dauer des Ehrverlustes die Approbation zu entziehen. Nur bei milderer Beurteilung wäre davon Abstand zu nehmen. Eine milde Beurteilung sei aber hier ausgeschlossen.

Aus Köln wird berichtet, daß der Millionär Dueset wegen umfangreicher Buchereien zu vier Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldbuße und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist. Der Rechtskonsulent Wagner, der jenem Bucherer unzählige in bedrängter Lage befindliche Leute zugeführt hatte, erhielt fünf Monate, 500 M. Geldbuße und zwei Jahre Ehrverlust. Ueber 100 Zeugen wurden vernommen.

Im Prozeß wegen Ermordung des Ober-Amtsrichters Weder zu Oldenburg ist der Bankier von Baden-Brunn wegen Totschlags gestern zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Der Ober-Staatsanwalt hatte beantragt, den Angeklagten unter Verneinung der Frage der Unzurechnungsfähigkeit des Mordes schuldig zu sprechen, während der Verteidiger auf Freisprechung plädierte, da bei der That die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei.

Vermischtes.

Kriegers Memoiren. Die „Times“ veröffentlichen Auszüge aus den Memoiren Kriegers, welche schildern, wie Krieger im Kampfe mit wilden Tieren und in Verteidigung gegen wilde Völkersämme sich und seinem Volke eine Heimat gewann und wie er sich diese sicherte durch nächtliche Ausübung der Uneinigkeit unter den Eingeborenen. Im Alter von neun Jahren hatte sich Krieger dem großen Tred angeschlossen und erfüllte hier nach seiner Pflichten. Der erste Auszug schildert sodann, wie Krieger im Alter von 14 Jahren seinen ersten Löwen erschoss, der zweite, wie er infolge von Unachtsamkeit unter ein Rhinoceros geriet, wie er dieses von unten erschoss und wie ihm sein Schwager für seine Unvorsichtigkeit eine gesunde Tracht Prügel verabreichte. Die folgenden Auszüge beschreiben die Kämpfe gegen den Mosellasse-Stamm, der dem großen Tred des Jahres 1896 Schwierigkeiten bereitet, und gegen den Hauptling Seisheli im Jahre 1892. Krieger sagt, daß nach der Niederwerfung des letzteren Kommandant Scholz in dem Hause des englischen Missionars Livingstone eine vollständige Verstaatlichung der Inseln von Gesehnen und eine große Menge Kriegsmaterial fand, welches Livingstone für Seisheli aufgestellt hatte. Das sei eine Verletzung der Sandriver-Konvention gewesen, in welcher die Lieferung von Waffen und Munition an die Kaffern verboten war. Das Arsenal wurde alsbald mit Beschlag belegt. Die Boeren wurden aber bedwegen von Livingstone in England überall beschimpft und geschmäht.

Krieger schildert sodann, wie er mit dem Passtohäubling Mosheh im Auftrage des Drangefreistaates Frieden schloß. In einem andern Teile seiner Memoiren beschreibt er, wie er allein eine dunkle Höhle betrat, wo eine Anzahl Kaffern durch eine Truppe belagert wurden, die den Tod Herrmann Potpieters rächen wollten; er sprach zu ihnen in ihrer Sprache, als ob er einer der Ihrigen wäre, und legte ihnen, wenn auch ohne Erfolg, nahe, sich zu ergeben. Bei Beginn des Bürgerkrieges zwischen van Rensburg und Schoemann wollte Krieger an den Streitigkeiten keinen Teil nehmen, aber nachdem er einmal darin verwickelt war, ruhte er nicht, wie er sagt, bis er der öffentlichen Meinung zu ihrem Recht verholfen hatte. Krieger streift es durchsich in Abrede, daß er bestrebt gewesen sei, seine „Christlich-Gereformte“-Kirche zu Staatskirche zu machen, an Stelle der „Gewornd“-Kirche. Er beschreibt ferner, wie er nach der Niederlage von Schoemann-Partei bei Starboples die Anhänger von Rensburgs von der Verfolgung abgehalten habe, mit dem Erfolge, daß Verhandlungen eingeleitet wurden, die zu einer Einigung führten.

Krieger beschreibt im letzten Teile seiner Memoiren die Ankunft Shepstones in Pretoria zu dem Zwecke, das Land zu annektieren. Da Krieger Shepstones Absichten durchschaute, drang er in den damaligen Präsidenten Burgers, nicht zu erlauben, daß Shepstone mit einer bewaffneten Macht die Stadt betrete, wenn es nicht unter einer Bedingung geschehe. Burgers ging aber nicht darauf ein. Damals sollte gerade die Präsidentenwahl stattfinden und es war bereits vor der thatsächlichen Wahl klar, daß Krieger eine starke Majorität für sich haben würde. Infolgedessen begab sich Krieger zu Burgers und bot ihm an, die Majorität der Bürger auf seine Seite zu bringen, wenn er seine Absicht deutlich zu erkennen gebe, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen. Vor dem Tage der Wahl weigerte sich jedoch bereits die englische Flotte über der Republik. In einer Schilderung Burgers sagt Krieger, dieser sei zweifellos ein Mann von hoher Intelligenz und großer Begabung gewesen und habe es sich angelegen sein lassen, Verbesserungen in der Verwaltung einzuführen und Handelsbeziehungen zum Auslande anzuknüpfen; nur das sei seiner Regierung vorzuzuziehen gewesen, daß seine Absichten zu sehr abwichen von denen der Bürger über religiöse und viele andre Fragen.

Die Pest. Nach amtlichen Angaben erkrankten im Amurgebiet vom 12. bis 17. Oktober 32, in Fort Arthur und Dalmi vom 9. bis 19. Oktober sechs und in Odessa vom 12. bis 20. Oktober zwei Personen unter pestverdächtigen Erscheinungen.

In Rom wurde gestern vormittag kurz vor 10 Uhr ein leichtes Erdbeben verspürt.